Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 33 vom 15. August 1980 14. Jahrgang 1 DM



Naziprovokation in der Dortmunder Innenstadt. Weit über tausend Antifaschisten demonstrierten im Rahmen einer breiten Aktionseinheit gegen die Hetzkundgebung von rund 40 NPD-Faschisten. Auch die VOLKSFRONT war an der Gegendemonstration beteiligt. Aber ein massives Poizeiaufgebot und Absperrgitter gaben den Nazis den nötigen Schutz für die Abhaltung ihrer Kundgebung. Mehrere Antifaschisten wurden von der Polizei festgenommen. Die SPD-geführte Stadtverwaltung hatte zuvor die Forderung antifaschistischer Kräfte nach einem Verbot der Naziprovokation abgelehnt.

Ford baut 6000 Arbeitsplätze ab!

KÖLN.— Nach langen Beschwichtigungen, die noch auf der letzten Betriebsversammlung vom Leiter des Vertrauensleutekörpers, Kuckelkorn, mitgetragen wurden, kam in dieser Woche der Plan des Ford-Konzerns in bezug auf das Kölner Werk ans Tageslicht: 6 000 Kollegen sollen mit insgesamt 135 Millionen Mark zum Verzicht auf ihren Arbeitsplatz bewogen werden.

Nach den Entlassungen und Rationalisierungsplänen bei Opel und der Ankündigung von Kurzarbeit für VW/Audi ist dies nun das dritte große westdeutsche Automobilwerk, in dem die Kapitalisten ganz massiv gegen die Belegschaft vorgehen, um für den Konkurrenzkampf besser gerüstet zu sein.

Dabei werden die Ford-Arbeiter mit einer massiven Propaganda bearbeitet, die sie von der Gegenwehr abhalten soll. So wird die angeblich so schlechte wirtschaftliche Situation angeführt, um die Notwendigkeit der „freiwilligen" Entlassungen zu begründen. Das mag vom Gesichtspunkt der Familie Ford aus Detroit vielleicht stimmen, weil sie geringere Profite einstreicht als die Konkurrenz. Für die Arbeiter aber steht die Tatsache, daß erst vor kurzem Henry Ford persönlich 1,3 Milliarden Mark aus Köln mit nach Detroit nahm, Gelder, die mit ihrer Arbeit verdient wurden.

So wird von interessierter Seite aus behauptet, in dieser Situation könne man sich nicht wehren, da bei den Absatzschwierigkeiten ein Streik keine Waffe sei — eine Behauptung die leider auch von einigen Funktionären der IG Metall verbreitet wird. Tatsache aber ist, daß ein Kampf, daß Widerstand sehr wohl möglich ist, wie es auch die Betriebszelle der KPD bei Ford/Köln in der neuesten Ausgabe ihrer Zeitung „Voran" (siehe Seite 5) beweist, in der sie die Kollegen zum Kampf aufruft. Schließlich bleibt die Tatsache, daß trotz Abfindungen nicht nur finanzielle Verluste sondern auch zusätzliche Belastungen der von den Arbeitern selbst finanzierten Sozial- und Arbeitslosigkeitsversicherungen entstehen.

Die Entlassungen bei Ford, wie die jetzt offen angekündigten Entlassungen auf der Bremer Krupp-Werft, die neuen Kooperationspläne von Krupp und Hoesch im Stahlbereich — alles dies vor dem Hintergrund der bereits im letzten Monat kräftig gestiegenen Zahl der offiziell gezählten Zahl der Arbeitslosen — zeigen wie aktuell und scharf die kristenhafte Entwicklung der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft bereits geworden ist.

Gerade in dieser Situation muß die Gewerkschaftsbewegung, müssen vor allem die klassenbewußten Gewerkschafter erneut die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erheben, die ein wichtiges Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze sein kann.

So rechnet zum Beispiel die Betriebszelle Ford/Köln der KPD in ihrer Betriebszeitung nach, daß die Einführung der 35-Stunden-Woche allein bei Ford in Köln den Gewinn von 3750 Arbeitsplätzen bedeuten würde!

Bei der bekannten wichtigen Rolle der Autoindustrie in Westdeutschland wird es jetzt immer wichtiger, daß sich die Arbeiter aller Wirtschaftsbranchen darauf vorbereiten, sich gegen die Politik der Unternehmer zu wehren, die Folgen der Wirtschaftskrise auf die Rükken der arbeitenden Menschen abzuwälzen!

Montanmitbestimmung: Overbeck provoziert Stahlkocher

Jetzt muß die IGM zurückschlagen!

Organisierter Streik die einzige Antwort

DÜSSELDORF. — Die Stahlwerker und der DGB können sich das unverschämte Vorgehen und Provozieren des Mannesmann-Konzernchefs Overbeck und seiner Komplizen nicht länger bieten lassen. An der Gewerkschaftsführung liegt es, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und durch die Organisierung des Streiks dem Angriff auf die Montanmitbestimmung entgegenzutreten!

Wenige Tage vor der dritten Verhandlungsrunde zwischen der IG Metall und den Mannesmann-Bossen über die sogenannte Umstrukturierung im Mannesmann-Konzern erlaubte sich Overbeck eine offene Provokation gegen die Stahlwerker und den DGB. Er wies die Vorschläge der IG Metall zurück und brachte erstmalig offen zum Ausdruck, daß die geplanten Maßnahmen mit den Unternehmerverbänden abgesprochen und ganz gezielt auf die Abschaffung der Montanmitbestimmung ausgerichtet sind. Overbeck: „*Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geben ihre volle Unterstützung.*"

Overbeck versuchte zugleich, mit dem Hinweis darauf, daß politische Streiks nicht erlaubt seien, den Kampf der Stalwerker und der Gewerkschaften gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung als illegal hinzustellen. Die Devise der Monopolherren ist: **„Wir wollen alles! Sowohl Arbeitsplatzvernichtung als auch Abschaffung der Montanmitbestimmung und außerdem die Knebelung der Arbeiterklasse".** Faktisch wird den Arbeitern das Streikrecht abgesprochen.

Dagegen kann man nicht mit einem faulen Kuhhandel antreten nach dem Motto: „Laßt uns die Mitbestimmung, dann akzeptieren wir die Arbeitsplatzvernichtung". Da ist der kompromißlose Kampf zur Verteidigung der Rechte und Interessen der Stahlwerker notwendig!

Diese Woche

Neue Erhöhung des Rüstungshaushaltes wird vorbereitet

100 Millionen Mark für einen Tornado!

BONN.— Bei einer öffentlichen Schaustellung des Mehrzweckkampfflugzeuges Tornado in Bonn in der letzten Woche klagten die Armeeinspekteure Obleser und Bethge über die Teuerung beim Tornado, die andere Waffenkäufe gefährde. So wird jetzt bereits eine weitere gewaltige Steigerung des westdeutschen Rüstungshaushaltes vorbereitet.

Ein Tornado, der im Jahre 1970 noch 14,85 Millionen Mark kosten sollte, kostet bereits jetzt rund 36 Millionen. Der Gerätesystempreis, also der Preis bis zum Einsatz, der Ersatzteile und Ausbildungsgeräte für jede Maschine umfaßt, schnellte in der selben Zeit von 28 Millionen auf 67,36 Millionen Mark hoch und wird nach Experten-Schätzung bis zur Auslieferung der letzten 322 Maschinen im Jahre 1988 auf mindestens 100 Millionen Mark steigen!

Welch ungeheuren Profite die Rüstungsmonopole aus diesen Geschäften schlagen, wird an diesen Zahlen deutlich. Rohstoffpreise, die wie bei Titan angeblich um 421 Prozent gestiegen seien, Wechselkursschwankungen und andere Gründe werden offiziell dafür genannt — der konkrete Hebel, solche Superprofite zu holen, sind die gleitenden Preise, die der Staat den Rüstungsmonopolen bewilligt. Und da von Bestellung bis zu letzten Auslieferung eines Waffensystems in der Regel viele Jahre vergehen, sind die Durchschnittspreise in Wirklichkeit in der NATO vierbis sechsmal so hoch wie die Bestellpreise — der Tornado allerdings schlägt alle Rekorde.

Massive US-Aggression

El Salvador — Amerikas neues Vietnam

Junta kündigt „hunderttausend Tote" an

BONN.— In der letzten Woche erklärte der Bonner Staatsminister Wischnewski, die Bundesregierung stehe voll hinter der Politik der USA in El Salvador. Damit macht sich die westdeutsche Regierung der Unterstützung des Massenmords und der militärischen Aggression schuldig, wie einst beim amerikanischen Überfall auf Vietnam.

Amerikanische Kampfhubschrauber bombardierten zahlreiche Dörfer in den Provinzen Cabanas, Morazan und Salvador und töteten dabei mindestens 400 Bauern und Landarbeiter. 10 000 Menschen sind bereits vor dem US-Bomberterror ins benachbarte Honduras geflohen. Ganz nach vietnamesischem Muster werden jetzt die Grenzwälder zu Honduras mit Napalm entlaubt, um diesen Fluchtweg zu verstopfen.

Denn die faschistische Junta, jetzt mit offener amerikanischer Militärunterstützung (Berater und Waffen gab es seit jeher) ruft nun, da sie sich stark fühlt, zur „Stunde der Abrechnung" auf. Dabei fiel auch die Aussage, daß mindestens 100 000 Menschen beseitigt werden müßten, um das Land zu „reinigen".

Auf ihren Militärstützpunkten in der Panamakanalzone und auf der puertorikanischen Insel Vieques konzentrieren die USA jetzt Landungstruppen. Die „Eingreiftruppen" in Florida und North Carolina sind in Alarmbereitschaft versetzt — alles ist für die Aggression offenster Art vorbereitet: Amis — Hände weg von Salvador!



Alltag in El Salvador: ein erschossener Student liegt auf der Straße.

Kommentar

Wie jetzt bekannt wurde, hat der amerikanische Präsident vor einigen Wochen seine Unterschrift unter eine „Direktive Nr. 59" gesetzt, und diese Direktive damit zur neuen amerikanischen Doktrin für den Atomkrieg gemacht.

Es heißt darin, die Antwort der USA auf einen sowjetischen Atomangriff würde künftig nicht mehr in der Zerstörung der großen Städte der Sowjetunion durch amerikanische Gegenschläge bestehen, sondern in der Vernichtung von Militärstützpunkten, militärischen und politischen Kommandozentralen auf dem Boden der UdSSR. „Die neue Doktrin macht klar", so erläuterte ein Sprecher des Pentagon, „daß wir weit mehr Möglichkeiten haben als die Wahl zwischen dem Weltuntergang und der Kapitulation."

Die amerikanischen Imperialisten auf dem Weg zum „humanen" Atomkrieg? Was sind das für neue Möglichkeiten, von denen das Pentagon spricht?

Carters neue Atomstrategie

Eine Antwort auf solche Fragen geben die in jüngster Zeit entwickelten amerikanischen Waffensysteme. Da sind einmal die neuen MX-Interkontinentalraketen, da sind die Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und schließlich die Marschflugkörper vom Typ Cruise missiles. Alle diese Waffen zeichnet eine bislang unerreichte Zielgenauigkeit aus. Sie können ihre atomaren Sprengsätze tatsächlich mit höchster Präzision in die sowjetischen Raketenstellungen tragen, und sie verfügen auch über genügend Sprengkraft, um die Bunker dieser Stellungen aufzubrechen.

Aber haben die amerikanischen Rüstungskonzerne diese neuen Waffen entwickelt, um bei einem atomaren „Gegenschlag" die Städte der Sowjetunion zu schonen? Das schwedische Friedensinstitut SIPRI kommt in seinem Jahrbuch 1980 zu einer ganz anderen Schlußfolgerung. **Die neuen Systeme, so heißt es dort, würden den USA die Fähigkeit verschaffen, „mit einem atomaren Erstschlag die zur Zeit verwundbare sowjetische Atomstreitmacht auszuschalten."**

Genau darum geht es, und um nichts anderes. Carters neue Strategie ersetzt die Doktrin von der „atomaren Abschreckung", die besagte, daß beide Seiten ein so gewaltiges Arsenal von Vernichtungswaffen angehäuft hätten, daß — sollte es zum Atomkrieg kommen — die weitgehende Zerstörung sowohl der USA wie auch der Sowjetunion die Folge wären.

Fieberhaft haben die Generäle des Pentagon und die Experten der Rüstungsindustrie nach Möglichkeiten gesucht, einen Atomkrieg zu führen, der nicht diese verheerenden Folgen für das eigene Land hätte. Und offenbar sind die amerikanischen Imperialisten der Ansicht, daß diese Möglichkeiten jetzt vorhanden sind. Man muß nur das demagogische Gerede vom „Gegenschlag" ersetzen durch den „Erstschlag", wie es das SIPRI realistischerweise getan hat. **Denn für den Imperialismus ist das Streben nach Weltherrschaft kennzeichnend. Und dazu gehört eben auch die Entwicklung der militärischen Fähigkeiten, um die imperialistischen Konkurrenten in diesem Kampf um die Weltherrschaft auszuschalten.**

Carters jüngste Doktrin ist also nur eine neue gefährliche Stufe in den Vorbereitungen der amerikanischen Supermacht auf einen Atomkrieg. Was heißt das aber für unser Volk? Die neuen US-Waffen, von denen hier die Rede war, sollen zum großen Teil auf dem Territorium der Bundesrepublik stationiert werden. Gerade das ist ja ein wesentlicher Bestandteil der „Direktive Nr. 59": Die amerikanischen Imperialisten wollen ihren Atomschlag gegen die andere Supermacht vom Boden unseres Landes aus führen. Welche Konsequenzen das haben würde, hat niemand anderes als Breschnew selbst klargestellt. Die Bundesrepublik würde zum Ziel massiver sowjetischer Atomschläge werden.

So macht die „Direktive Nr. 59" einmal mehr in eindringlicher Form deutlich, daß nach dem Willen Washingtons gerade unser Land zum Austragungsfeld eines Atomkriegs zwischen den beiden imperialistischen Supermächten gemacht werden soll. Und in der gleichen Woche, wo Carter seine neue Doktrin verkündete, bekräftigte Schmidt in Bonn wieder einmal, daß es keine Alternative zur bedingungslosen Bindung unseres Landes an die NATO und an die amerikanischen Atomkriegsstrategie sehe.

Unsere Partei hat mir ihrem Friedensplan, in dem sie unter anderem den Austritt aus der NATO, die Entfernung aller Massenvernichtungswaffen vom Boden der Bundesrepublik und die Erklärung der Neutralität der BRD fordert, eine wirkliche Alternative zum lebensbedrohenden Kriegskurs der Carter und Schmidt entwickelt. Und gerade die neue Doktrin Washingtons macht es dringender denn je, diesen Friedensplan in den Massen zu verankern. Die bevorstehenden Aktivitäten zum diesjährigen Antikriegstag sind ein guter Ansatzpunkt dafür.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Skandale häufen sich

Engste Zusammenarbeit mit der argentinischen Militärdiktatur!

Waffenlieferungen, Kredite und Geheimdienstkooperation

BREMEN. — Nur wenige Tage nachdem bekannt geworden war, daß die westdeutschen Waffenlieferungen an die argentinische Militärjunta noch wesentlich größer sind, als offiziell zugegeben, wurde im Zusammenhang mit dem Besuch des Schulschiffs „Libertad" der argentinischen Marine in Bremen deutlich, daß die Zusammenarbeit mit diesem blutigen Terrorregime noch vielseitiger ist.

Wenn im Zusammenhang mit den vor kurzem bekanntgewordenen Waffenlieferungen der Rüstungsschmiede Rheinmetall (im Besitz der alten Kriegsgewinnler Röchling) an Argentinien — über hundert Schnellfeuerzwillingsgeschütze für den Straßenkampf — jetzt großartig von Untersuchungen die Rede ist, muß man zuerst noch einmal die Tatsachen festhalten.

Erstens gibt es seit langem einen offiziellen, regierungsamtlich erlaubten Waffenhandel mit dem argentinischen Terrorregime, dessen gesamten neue Unterseebootflotte von westdeutschen Werften geliefert wurde. Ebenso ist seit langem bekannt, daß Daimler-Benz, ebenfalls mit amtlicher Erlaubnis, Großaufträge an gepanzerten Straßenfahrzeugen für das argentinische Militär erfüllt. Und bekannt ist auch, daß die argentinische Infanterie mit dem G 3 Gewehr von Heckler & Koch ausgerüstet ist — ebenfalls offiziell. Das große Tamtam, das jetzt gemacht wird, dient also nur der Irreführung der Öffentlichkeit.

Zweitens ist es eine Tatsache, daß die jetzt viel genannte Klausel der „Nichtweiterverbreitung", die Endlieferung von Waffen an bestimmte Länder, gerade von den jetzt in der Presse ständig genannten Staaten Italien, Spanien und Paraguay bereits in der Vergangenheit immer wieder mißachtet wurde, so daß es für einen Eingeweihten auf diesem Gebiet keine Überraschung ist, wenn Spanien nach Argentinien liefert, Paraguay nach Südafrika usw. — das sind fast schon klassische Waffentransportwege. Daß auch die westdeutschen Rüstungsmonopole sich an diesen Transporten beteiligen ist ebenfalls Tatsache. **Daß auch die Regierung in Bonn dunkle Kanäle benutzt, wurde spätestens beim Bonner Besuch des saudischen Königs Khalid ersichtlich, als zum Festessen auf einem Rheindampfer auch der bekannte Waffenhändler Mertens eingeladen war, der so zu einer „zufälligen" Audienz mit dem kaufwilligen König kam.**

Drittens schließlich wird seit langem darauf hingewiesen, daß das Atomgeschäft mit Argentinien auch der nuklearen Aufrüstung der argentinischen Junta dienen wird. Gerade vor kurzem hat die Siemens-Firma KWU den 1,5 Milliarden Auftrag für das Atomkraftwerk Atocha II endgültig an Land gezogen.

Es handelt sich also hier nicht um sensationelle Neuigkeiten. Es handelt sich hier um die Tatsache der allseitigen — und profitablen — Unterstützung für ein faschistisches Regime.

Die Fakten, die im Zusammenhang mit dem Bremenbesuch der „Libertad" festgestellt wurden, erhärten dieses Bild nur noch mehr. Der Vorwurf, der Militärische Abschirmdienst habe die argentinische Marine vorher über deutsche und exilargentinische Demonstranten informiert und einen Fotoaustausch angeregt, wurde zwar offiziell als „absurd" zurückgewiesen. Wer aber die grundsätzlichen Praktiken der westdeutschen Geheimdienste kennt, die stets aufs engste mit den blutigsten Mörderbanden der Welt zusammengearbeitet haben, der kennt auch diese regelmäßigen Dementis, die meist später dann — nach Jahren — von offizieller Seite selbst widerlegt werden. **Gerade im Falle Argentiniens ist es zum Beispiel allseits bekannt, daß es eine intensive geheimdienstliche Zusammenarbeit mit den Faschisten aus Buenos Aires gab bei der Prüfung von Asylanträgen von exilierten argentinischen Bürgern.**

Schließlich der offizielle — sozialdemokratische — Empfang für den „Libertad"-Kommandanten Padilla einem — nach Aussagen von Exilargentiniern — im Lande bekannten und gefürchteten Massenmörder. Auch das paßt in das Bild von bereits zwei diplomatischen Besuchen der argentinischen Junta in Bonn in diesem Jahr.

Dazu paßt auch die jüngste Meldung: Zwei Finanzkonsortien, das eine unter Führung der Westdeutschen Landesbank, das andere unter Führung der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden der argentinischen Junta jeweils eine Kredit von 850 Millionen Mark, zusammen also 1,7 Milliarden Mark, zur Verfügung stellen.

U-Boote, Kanonen, Milliardenkredite, diplomatische Regelverbindungen, Empfänge für Mörder, Geheimdienstzusammenarbeit — wie man sieht, es handelt sich wahrlich nicht um Ausnahmeerscheinungen auf dem einen oder anderen Gebiet. Es handelt sich wirklich um eine sehr intensive und allseitige Zusammenarbeit mit dem argentinischen Blutregime.

So wenig, wie es überraschend ist, daß immer neue Tatsachen über die Zusammenarbeit mit dem Regime der südafrikanischen Rassisten zutage treten, vor allem was die südwestafrikanische Roessing-Uranmine und das gesamte Atomgeschäft betrifft, so wenig wie es überraschend ist, daß die Bundesregierung offiziell erklärt, die Wirtschaftshilfe an die bolivianische Diktatur werde fortgesetzt, so wenig überraschend ist auch diese Zusammenarbeit mit den Mördern des argentinischen Volkes.

Diese Zusammenarbeit liegt genau auf der Linie jener Politik der weltweiten Zusammenarbeit mit der äußersten Reaktion, mit den blutigsten Regimes, die die Bonner Außenpolitik in den Augen der demokratischen Weltöffentlichkeit so gefährlich macht.

Sicherlich geht es den westdeutschen Monopolen dabei um die Riesenprofite, die zum Beispiel Siemens mit Atocha II machen kann, geht es dem Finanzkapitals um die Gewinne aus den Krediten, geht es ihnen um Einfluß in diesem großen, wirtschaftlich und strategisch gesehen wichtigen Land. Sie schüren dabei aber auch die alten Vormachtsansprüche der argentinischen Oligarchie auf dem südamerikanischen Erdteil.

Deshalb müssen die demokratischen, antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte unseres Landes neben der Forderung, die Unterstützung der Faschisten in Buenos Aires einzustellen, auch die Forderung nach dem strikten Verbot jeder Waffenausfuhr erheben, wie es der Friedensplan der KPD verlangt.

Und gerade heute, wo die Revisionisten ihre Propaganda gegen das argentinische Regime, das sie von jeher recht freundlich behandelten, faktisch vollkommen eingestellt haben, weil die scheinsozialistischen Länder Osteuropas mit ihrer kapitalistischen Mißwirtschaft den argentinischen Weizen dringend benötigen, gerade heute müssen die wahren Kommunisten in Deutschland, muß die KPD sich an die Spitze des Kampfes gegen die Unterstützung der argentinischen Diktatur durch die Bundesrepublik stellen.

Helmut We[illegible]

Soll nach Kappler nun auch Reder freikommen?

Deutsche Kriegsverbrecher müssen bestraft werden!

Erklärung des Politbüros der KPD

Man hat die skandalösen, von Gerüchten über Bonner geheimdienstliche Tätigkeit begleitenden Umstände der Flucht des Nazischergen und Kriegsverbrechers Kappler noch im Gedächtnis, da kommt bereits eine neue Welle von Rehabilitationsversuchen auf, die von reaktionären Kräften planmäßig gesteuert wird.

Dieselben Kräfte, die im letzten Jahr mit scheinheiligen Argumenten für die Verjährung von Naziverbrechen eintraten, womit sie nicht durchkamen, die immer wieder „Laßt Hess frei"-Kampagnen der Nazis unterstützen, ohne bisher Erfolg zu haben, die Kapplers Befreiung verteidigten, sie organisieren jetzt auch eine neue Kampagne für den Massenmörder „Major" Reder, einen Offizier der verbrecherischen Waffen-SS.

Zum wildesten Fürsprecher Reders macht sich dabei jetzt der Vorsitzende des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU in Bezirk Augsburg, ein Herr Wolfgang Steier in einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung". Reder sei, so schreibt Steier offen provokativ, ein Gefangener des kommunistischen Partisanen-Mythos in Italien, 1951 von kommunistischen Richtern verurteilt. Nun, daß sich ein CSU-Wehrpolitiker zum Fürsprecher der Waffen-SS macht, mag an den Qualitäten der traditionellen wehrgeistigen Führung dieser Partei liegen. Daß er aber im Auftrag seiner Partei lügt, um die Forderung nach der Freilassung Reders zu begründen, ist ein deutliches Zeichen, wie die sogenannten „Demokraten" alle Mittel anwenden, um ihre profaschistische Kampagne erfolgreich durchzuführen. So behauptet Steier wider besseres Wissen, es seien Kommunisten gewesen, die über Reder zu Gericht saßen — in Wirklichkeit war es ein Militärgericht. Steier behauptet auch schlichtweg das Massaker von Marzabotto, bei dem die Waffen-SS 1 830 Menschen ermordete habe es nicht gegeben — ob er wohl dabei war? Nicht umhin kann er dabei, zugeben, daß bei der Ermordung von 270 Italienern auch unbewaffnete, auch — immerhin schreibt Steier das Wort „leider" — Frauen und Kinder dabei waren. Trotzdem ist für ihn klar, daß Reder freikommen muß.

Wie bereits gesagt ist dies nicht der erste, sondern nur der bisher neueste Fall einer gesteuerten Kampagne zur Freilassung von Kriegsverbrechern. Mit diesen Kampagnen soll endgültig die braune Weste der Bonner Demokratie weißgewaschen werden, sollen die faschistischen Henker und ihre Hintermänner freigesprochen werden, um einen neuen Anlauf in Richtung Faschismus besser unternehmen zu können.

Dazu erklärt das Politbüro der KPD:

„Deutsche Kriegsverbrecher müssen bestraft werden! Unzählig sind die Verbrechen, die die deutschen Nazis im Auftrag ihrer monopolkapitalistischen Hintermänner in ganz Europa begangen haben. Barbarisch überfiel die Nazi-Wehrmacht zahllose Länder und brachte in ihrem Gefolge die Mordorganisationen wie die SS und die Konzentrationslager mit sich. Ob Mann, Frau oder Kind, alles wurde gemordet, vor allem dort wo sich die überfallenen Völker zur Wehr setzten, Partisaneneinheiten organisierten und den Aggressor bekämpften.

Nach der Niederlage des Hitler-Faschismus wurden die Wurzeln der Diktatur im westdeutschen Teilstaat nicht ausgerissen, zahllose alte Faschisten nahtlos übernommen. Und immer wieder, und in letzter Zeit verstärkt hat es Versuche gegeben, selbst die wenigen offiziell verurteilten deutschen Kriegsverbrecher zu rehabilitieren. Ziel dieser abscheulichen Kampagne ist es, den Boden für eine erneute faschistische Diktatur zu bereiten.

Der Kampf gegen jeden Versuch, die Hitler-Diktatur reinzuwaschen ist sowohl von grundsätzlicher Bedeutung für das deutsche Volk und die Völker Europas, als auch, angesichts des neuerlichen reaktionären Aufmarsches in der Bundesrepublik, von aktueller Wichtigkeit. Deshalb ruft das Politbüro der KPD alle Genossen und Freunde der Partei, alle Demokraten und Antifaschisten auf zu kämpfen:

Gegen jede Rehabilitierung der Hitler-Diktatur!
Für die Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher!
Keine Freilassung von Reder und Hess!"

Sozialliberale Regierungskoalition 1976 bis 1980

Der Weg zum Polizeistaat

Eine sicherheitspolitische Bilanz

Die Losung, unter der die SPD im Bundestagswahlkampf antritt, lautet „Sicherheit für Deutschland". Und das ist in zweierlei Hinsicht gemeint. Beim Wähler soll der Eindruck erzeugt werden, die von der SPD geführte Regierung hätte sich sowohl für die Festigung des Friedens eingesetzt, wie auch die „innere Sicherheit" der Bundesrepublik garantiert. Wir wollen in dem folgenden Artikel diesen zweiten Aspekt untersuchen — mit der Fragestellung: Sicherheit — für wen?

Im Februar 1977, wenige Monate nach der Wahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler, wurde in Stolberg der 14jährige Schüler Peter Lichtenberg von Polizeibeamten zusammengeschossen und tödlich verwundet. Seine letzten Worte waren: „Darf denn die Polizei auf Kinder schießen?" Sie darf! Denn kein Gericht zog den Todesschützen zur Verantwortung. In dem gleichen Monat, in dem Peter Lichtenberg unter Polizeikugeln sein Leben lassen mußte, wurde in Dortmund der griechische Arbeiter Ionnis Batos zu Tode geprügelt. Die Totschläger: Polizeibeamte!

Zwei Monate darauf stirbt der Viehhändler Helmut Schlaudraff während eines Viehtransportes. Erschossen von einem Polizisten. Im Juli des gleichen Jahres werden in Bochum zwei Menschen regelrecht abgeknallt — der Fuhrunternehmer Gustav Schlichting und 17jährige Arbeiter Rudolf Pollaczek. In beiden Fällen waren die Täter Beamte der Polizei. Und wieder einen Monat später führt nach einer Verkehrskontrolle in München ein Polizist den türkischen Arbeiter Sedat an den Straßenrand und exekutiert ihn durch einen Schuß in den Hinterkopf.

Das alles durfte die Polizei! Und die hier begonnene Liste ihrer Opfer ließe sich so weiter durchführen, bis in die letzten Wochen hinein. Keiner der Totschläger oder Todesschützen wurde wegen Mordes oder auch nur wegen Totschlags angeklagt. Für die meisten von ihnen gab es entweder überhaupt kein Verfahren oder einen glatten Freispruch vor Gericht. Und sie alle hatten kaltblütig unbewaffnete Menschen, ja selbst Kinder oder Jugendliche ums Leben gebracht. Aber sie waren eben Polizisten. Und deshalb wurde ihnen stets „Notwehr", und sei es auch nur „putative (vermeintliche) Notwehr" zugestanden. **So gibt der Bonner Staat seinen bewaffneten Organen den Freibrief zum Töten. Sicherheit — für wen?**

Im November 1977, im gleichen Jahr also, in dem Peter Lichtenberg, Rudolf Pollaczek und all die anderen unter Polizeikugeln starben, trafen sich unter der Leitung des damaligen Bundesinnenministers Maihofer die Innenminister der Länder zu einer Konferenz. Einstimmig verabschiedeten sie den Entwurf für ein „einheitliches Polizeigesetz", das in der Folgezeit von den Bundesländern übernommen werden sollte. Zu den Kernpunkten dieses neuen Gesetzes gehörte der Todesschuß-Paragraph. Er besagte, daß ein Polizist — wann immer er sich bedroht fühlen sollte — das Recht hätte, zur Waffe zu greifen und von ihr Gebrauch zu machen. **Damit sollte also die oben beschriebene Praxis vollends legalisiert und die Polizei zum völlig ungehemmten Schußwaffengebrauch gegen die Bevölkerung ermuntert werden.**

Weiter sah dieses „einheitliche Polizeigesetz" die legale Ausrüstung der Länderpolizeien mit Kriegswaffen wie Maschinengewehren und Handgranaten vor. Aber gegen wen sollte die Polizei denn Krieg führen? Das geht aus den Bestimmungen des Gesetzes deutlich hervor: gegen die Werktätigen in unserem Land, gegen Arbeiterstreiks und Demonstrationen. Denn — so heißt es in den Bestimmungen — die Maschinengewehre sollen auf „Personen in Menschenmengen" gerichtet werden dürfen. Dieses Gesetz ist nichts anderes als eine Vorbereitung auf den Bürgerkrieg. **Damit hat die Schmidtregierung in der letzten Legislaturperiode die Weichen für den kriegsmäßigen Einsatz der Länderpolizeien gegen die auch von der Bourgeoisie erwarteten Kämpfe der Werktätigen in den achtziger Jahren geschaffen.** Und mehrere Bundesländer haben inzwischen das neue Polizeigesetz für ihren Bereich als verbindlich angenommen.

Aber es blieb hinsichtlich der Bürgerkriegsvorbereitungen nicht bei den gesetzlichen Regelungen. Schon im September 1977 wurden für zusätzliche Maßnahmen „zur Stärkung der inneren Sicherheit" Mittel in Höhe von fast einer Milliarde Mark bereitgestellt. Sie dienten unter anderem der personellen Stärkung des Polizeiapparates; vor allem beim BKA, aber auch beim Bundesgrenzschutz und im Bereich des Verfassungsschutzes wurden Tausende neue Dienststellen geschaffen. Und mit der Aufstockung des Personals hielt auch die Bewaffnung Schritt. Für die Polizei wurden Pistolen mit größerem Kaliber angeschafft, das Armee-Sturmgewehr G 3 wurde im Polizeidienst eingeführt und die Maschinenpistole MP 5 gehört inzwischen längst zur Standardausrüstung jeder Streifenwagenbesatzung. Die Polizei im SPDregierten Bremen brüstete sich schon im Februar 1978, daß pro Tag 1 200 Übungsschüsse verfeuert würden.

Aber nicht nur im Schießen wird die Polizei getrimmt wie nie zuvor. In den vergangenen vier Jahren haben sich auch die groß angelegten Polizeimanöver gehäuft, und sie haben eine immer deutlichere Zielrichtung bekommen — gegen die Kämpfe der Werktätigen. Hier einige Beispiele aus dem Jahr 1978. April: Eine BGS-Feldjägereinheit übt mit Maschinengewehren und Handgranaten auf dem Gelände der stillgelegten Zeche „Pluto" in Recklinghausen. Mai: Polizeimanöver in einer Bergarbeitersiedlung im rheinländischen Erftkreis. Juli: 100 Bereitschaftspolizisten üben mit MPs, Gewehren und anderen Schußwaffen auf dem Gelände der stillgelegten Zeche „Sachsen" in Hamm. August: Polizei-Sondereinsatzkommandos (SEKs) stürmen eine leerstehende Fabrik bei Nürtingen in Baden-Württemberg.

Allein diese kurze Auflistung macht schon deutlich, worauf sich die Bonner Polizeitruppen hier in erster Linie vorbereiten: auf Kämpfe in den industriellen Ballungsgebieten, auf Kämpfe in und um Betriebe, Kämpfe gegen die Arbeiterklasse. Das ist also die Sicherheitspolitik der letzten Jahre, auf die Schmidt und seine Polizei so stolz verweisen. Sicherheit — für wen?

In den vergangenen vier Jahren hat es nicht nur eine Verstärkung des Polizeiapparates mit Personal und Waffen gegeben. Die Bonner Regierung hat auch wesentliche Änderungen in seiner Struktur eingeleitet. Im Dezember 1977 legte Maihofer dem Kabinett einen Gesetzentwurf vor, nach dem das Bundeskriminalamt (BKA) künftig allein für die „Aufklärung von Fällen der Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung" zuständig sein soll. Mit diesem Gesetz erhielt das BKA auch erstmals Weisungsbefugnisse gegenüber den Ländern. **Das war ein qualitativ neuer Schritt bei der Zentralisierung der Polizei und der Formierung eines einheitlich organisierten Gewaltapparates — eine Vorwegnahme des Paragraphen 3 aus der Notverordnung der Notstandsgesetze.**

Und was die „kriminellen oder terroristischen Vereinigungen" betrifft, so meint der Bonner Staat damit keinesfalls in erster Linie Gruppierungen wie die RAF. Zur kriminellen Vereinigung kann alles gemacht werden, was organisiert den Kampf gegen diesen Staat aufnimmt. So wurde etwa ein halbes Jahr, bevor Maihofer seinen Entwurf einbrachte, gegen den Verband der Fluglotsen, der einen Streikkampf geführt hatte, ein Verfahren wegen Verdachts nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) eingeleitet.

Die Bonner Regierung hat in den vergangenen Jahren gerade das BKA besonders stark ausgebaut und es immer mehr zur Kommandostelle des gesamten Polizeiapparates gemacht. Das wurde besonders deutlich nach der Schleyer-Entführung, wo das BKA, das 1951 als reine „Informationsstelle" gegründet worden war, zur Leitzentrale der Länderpolizeien aufrückte. Ihm wurden der BGS, die Verfassungsschutzämter und auch die Sondereinheiten der Polizei und des BGS (MEK, SEK, GSG 9) direkt unterstellt. Diese Sondereinheiten sind ein weiterer Posten auf der „Sicherheits"-Bilanz der jetzigen Bundesregierung. Die Bildung dieser speziell für Terroreinsätze geschulten und ausgerüsteten Einheiten wurde besonders stark vorangetrieben. Die GSG 9, deren kriegsmäßiger Einsatz in Mogadischu gezeigt hat, daß diese Truppe auf die physische Liquidierung des Gegners gedrillt ist, wurde zudem zunehmend in den normalen Polizeidienst eingegliedert. Seit dem letzten Jahr operiert sie gemeinsam mit SEKs der Polizei im Ruhrgebiet. Ähnliche Pläne liegen auch für Hamburg und Bremen vor. Ein deutliches Zeichen dafür, daß das eigentliche Einsatzgebiet dieser Killertruppe die industriellen Ballungsgebiete sind. Ein weiteres Beispiel für die Bürgerkriegsvorbereitungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie.

Das BKA ist nicht nur immer mehr zur Kommandostelle innerhalb des Polizeiapparates geworden. Die Bonner Koalition hat ihm in den vergangenen Jahren auch eine Schaltstelle im Geflecht der Geheimdienste zugewiesen. Über das „Nachrichtendienstliche Informationssystem" (NADIS) ist das BKA mit dem Verfassungsschutz, dem MAD und dem BND verbunden. Eine der wichtigsten Aufgaben, die der Bonner Staat diesem Verbund gestellt hat, ist die systematische und hemmungslose Bespitzelung von Millionen Werktätigen. **Kaum ein Monat verging in der Amtszeit der Schmidtregierung, in dem nicht ein neuer Spitzelskandal aufgedeckt worden wäre.** Das bedeutet jedoch nicht, daß mit dem Auffliegen der Schnüffelei in einem bestimmten Bereich das BKA und die Geheimdienste dann die illegale Tätigkeit eingestellt hätten. Im Gegenteil — die Methoden der Bespitzelung wurden immer mehr verfeinert.

Dabei hat sich die Schnüffeltätigkeit des BKA und auch des Verfassungsschutzes gerade in den letzten Jahren immer mehr und direkt auf die Betriebe konzentriert. Ganze Belegschaften sind in einigen Bereichen überprüft worden. Grundsätzlich werden die Daten aller Betriebsräte und Jugendvertreter von Betrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten in den Computern gespeichert. Und anläßlich der Untersuchungen über die „Bremer Krawalle" wurde bestätigt, daß diese Bespitzelung der gewählten Vertreter von Belegschaften weiter fortgesetzt wird. So haben das BKA und die Geheimdienste ein dichtes Netz der nahezu lückenlosen Observierung der arbeitenden Menschen in unserem Land geknüpft, in der Absicht, jede kämpferische Regung und Entwicklung zu registrieren — der totale Überwachungsstaat.

Sicherheit — für wen also? Nicht für „Deutschland", wie es in den Schlagwörtern der SPD-Wahlpropaganda heißt, nicht für die werktätigen Massen. Es ist die „innere Sicherheit" des kapitalistischen Systems, die Sicherung der bürgerlichen Herrschaft, für die Schmidt und seine Regierung in ihrer jetzt zu Ende gehenden Amtszeit solche Aktivitäten entfaltet haben. **Und all die hier beschriebenen Maßnahmen sind weitere Schritte auf dem Weg der Faschisierung, Meilensteine bei der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur, auf die sich die Bourgeoisie vorbereitet, um der breiten Entfaltung der Klassenkämpfe zu begegnen, von denen die achtziger Jahre gekennzeichnet sein werden.**



Grimmige Gesichter hinter Sicherheitsglas und Schirmen — das war Straußens Empfang in Essen.

Wahlkundgebung in Frankfurt

Demonstration gegen Strauß angekündigt

Am 22. August will Strauß im Rahmen seiner Wahlkampagne nach Frankfurt kommen und um 17 Uhr auf dem Römerberg eine seiner berüchtigten Hetzreden halten. Gegen diesen Auftritt des Kandidaten hat sich ein breites Aktionsbündnis von demokratischen und gewerkschaftlichen Kräften formiert, dem unter anderem auch die VOLKSFRONT angehört.

Am 20. August wird das Aktionsbündnis um 19.30 Uhr im „Haus der Jugend" eine Diskussionsveranstaltung durchführen.

Am 22. selbst wird eine Demonstration gegen den Strauß-Auftritt stattfinden. Beginn: 15 Uhr. Ort: Bargesh./Uhrtürmchen. Kundgebung: 16 Uhr auf dem Paulsplatz.

Spendet für die Volksfront

GEGEN REAKTION, FASCHISMUS UND KRIEG
FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, WOHLSTAND UND FRIEDEN

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

KPD Tübingen	DM 420,-
KPD Singen	400,-
M. u. S., Leverkusen	22,-
B., Düsseldorf	200,-
KPD Dortmund	2 000,-
P.K., München	1 000,-
Zelle Martinsviertel, Darmstadt	350,-
Zelle Merck, Darmstadt	50,-
insgesamt DM	4 442,-
Stand der Spendenkampagne am 10. 8. 80 DM	67 618,22

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Das Präsidium der VOLKSFRONT hat uns mitgeteilt, daß die Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT bis zum 12.10.80 (eine Woche nach Abschluß der Bundestagswahl) verlängert wird, um gerade noch die heiße Phase des Wahlkampfes nutzen zu können. Das Ziel also: 400 000 DM Spenden bis zum 12.10.80! Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zustandekommt.

Bitte überweisen an: KPD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420 - 467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Arbeitslosenzahl um 72.000 gestiegen

In Wirklichkeit weit über eine Million Arbeitslose

DGB-Vorschläge für ein Konjunkturprogramm abgelehnt

NÜRNBERG.— Was zahlreiche Meldungen aus verschiedensten Zweigen der bundesdeutschen Wirtschaft in den letzten Wochen und Monaten bereits andeuteten, wurde jetzt, mit dem Juli-Bericht der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt. Die offizielle Arbeitslosenzahl stieg um rund 72 000 auf mehr als 853 000 Menschen. Selbst der „Zauberer" Stingl, sonst nie um eine schönklingende Begründung verlegen, mußte dieses Mal zugeben, daß die einsetzende verschärfte wirtschaftliche Krise die Ursache für den raschen Anstieg um 9 Prozent innerhalb eines Monats ist.

853 000 Menschen ohne Arbeit — das ist die offizielle Zahl. Bereits zu Beginn dieses Jahres hatte der „Rote Morgen" anhand interner Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit nachgewiesen, daß mindestens 170 000 Jugendliche ohne Arbeit aus dieser offiziellen Statistik verschwunden sind. Heute kann diese Tatsache bereits nicht mehr verschwiegen werden, und selbst große bürgerlicher Zeitungen schreiben von rund 130 000 Jugendlichen, die nicht als arbeitslos geführt werden, obwohl sie es sind. Ebenso wird in der Presse allgemein „gelobt", daß der Asylantenbeschluß der Bundesregierung, wonach Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthalts nicht arbeiten dürfen weitere rund 100 000 ausländische Arbeitslose aus den Listen streicht — allein diese beiden Personengruppen erhöhen bereits die Zahl der tatsächlich arbeitslosen auf über eine Million.

Auch alle anderen detaillierten Zahlen weisen darauf hin, daß es gerade jene Schichten sind, die am leichtesten in der Statistik „verschwinden" die die meisten Arbeitslosen stellen. So sind rund 470 000 Frauen arbeitslos, 91 000 Ausländer, 68 000 Schwerbeschädigte und jetzt 77 000 Jugendliche sowie 40 000 Hochschulabsolventen.

56 Prozent der Arbeitslosen haben keinen Facharbeiterbrief, 9 Prozent sind 60 Jahre oder älter. Wenn man aufgrund dieser Zahlen die Erfahrungswerte berücksichtigt, wie Frauen wieder „nur" im Haushalt arbeiten, ältere Kollegen mit Verlusten früher in Rente gehen, Schwerbehinderte wieder in die Fürsorge gerechnet werden und die ständigen Entlassungen und kurzfristige Anstellungen für ungelernte Arbeiter, und wenn man diesen Erfahrungswerten noch die obigen unterschlagenen Zahlen hinzurechnet, dann erst bekommt man einen Eindruck von dem wirklichen Ausmaß der Arbeitslosigkeit, wie es sie heute in der Bundesrepublik gibt.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die geplanten und angekündigten Massenentlassungen, Personalreduzierungen und wie es sonst noch genannt wird in der Autoindustrie, der Werftindustrie, der Stahlindustrie und deren Auswirkungen auf die jeweiligen Zulieferer, dann bestätigt sich die Voraussage der KPD auf ihrem 4. Parteitag, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht nur zum Alltag in der Bundesrepublik werden wird, sondern auch daß sie weiter wachsen und ungeheure Ausmaße annehmen wird.



Arbeitslose in der Bundesrepublik: Weit über 200 000 werden offiziell geleugnet!

Schon heute sind von den 85 000 Kurzarbeitern 40 000 aus der Autoindustrie, wie Opel, Ford und VW kommen mit neuen Plänen. 24 000 Bauarbeiter sind ohne Arbeit, doppelt soviele wie letztes Jahr, immer ein deutliches Zeichen des wirtschaftlichen Niedergangs.

In dieser Situation hat nun die DGB-Führung den Vorschlag gemacht, ein neues Konjunkturprogramm sowohl von der Bundesregierung, als auch von einzelnen Bundesländern aus zu starten.

Alle Regierungschefs haben diese DGB-Vorschläge abgelehnt. Die SPD-Ministerpräsidenten im wesentlichen mit der offiziellen Bonner Begründung, es gäbe keine Notwendigkeit, da die Situation keine neuen Maßnahmen verlange. CSU-Chef Strauß machte sich zum Sprecher der CDU und betonte es müsse zuerst Geld für ein Konjunkturprogramm da sein, das erst durch Steuererleichterungen für Investitionen herbeigeschafft werden müsse.

Da sozialpartnerschaftliche Ersuchen der DGB-Führung wurde also rundweg abgelehnt. Die Vorschläge des DGB, staatliche Investitionen in verschiedenen Branchen zu konzentrieren, hätten bei einer Verwirklichung auch lediglich die Neuauflage der Konjunkturprogramme bedeutet, wie man sie von der Schmidt-Regierung seit 1974 kennt, die allesamt nur zur weiteren Bereicherung der Kapitalisten gedient haben, zur verstärkten Rationalisierung, zu weiteren Entlassungen geführt.

Der DGB hatte in seinem Vorschlag weder genaue arbeitsplatzerhaltende Bedingungen gefordert, noch über die Finanzierung dieses Programmvorschlags genaueres gesagt. Und natürlich hätte hier die Forderung genau andersherum lauten müssen als bei Strauß — Steuern, die die Unternehmer zu bezahlen haben als Quelle der Finanzierung von Konjunkturprogrammen.

Eine scharfe Besteuerung der Unternehmergewinne ist, wie es im Aktionsprogramm der KPD gefordert wird, die einzige mögliche Quelle für solche wirtschaftliche Programme, wenn sie den Interessen der Arbeiter dienen sollten. Allein an Dividenden wurden im letzten Jahr nur von den großen Aktiengesellschaften der Bundesrepublik fast 15 Milliarden Mark ausbezahlt.

Dierig-Gruppe liquidiert Betrieb

Riedinger-Spinnrei wird stillgelegt

AUGSBURG.— Die Jersey-Spinnerei Riedinger in Augsburg wird geschlossen, die 600 Beschäftigten werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Großaktionär bei Riedinger ist der Textilgroßkapitalist Dierig, der sich weigerte, den Betrieb zu verkaufen, weil er aus einer Schließung mehr profitieren kann. Denn bei einer Schließung des Betriebs kommen die Aktionäre, vor allem Dierig selbst in den Genuß der Verteilung der beträchtlichen finanziellen Reserven des Unternehmens. Auf diese Weise sollen mindestens 80 Mark pro Aktie herausgeschlagen werden, während ein Verkauf gegenwärtig nur etwa 40 Mark pro Aktie ergeben hätte. So zeigt dieses Vorgehen eines der größten Kapitalisten im Textilsektor in aller Klarheit die Menschenverachtung der Kapitalisten. 600 Familien von Arbeitslosigkeit bedroht? Egal, Hauptsache die Kasse stimmt.

Und diese Haltung wird in aller Offenheit von der bayerischen Landesregierung unterstützt, deren Wirtschaftsminister Jaumann eine Hilfe des Landes ablehnte. Die in der Gewerkschaft Textil und Bekleidung organisierten Riedinger Arbeiter fordern nun von ihrer Gewerkschaft Kampfmaßnahmen.

Unterhaltungselektronik

Weitere Entlassungen der Elektrokonzerne

FRIEDRICHSHAFEN. — 250 Arbeiter und Arbeiterinnen des Saba Werkes III in Friedrichshafen sollen bis Ende September entlassen werden.

Die Übernahme der SABA-Werke durch das französische Elektromonopol Thomson-Brandt hat den heftigen Konkurrenzkampf der Monopole, der auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen wird, weiter verschärft. Jetzt soll im Werk II die gesamte HiFi-Produktion stillgelegt und in ein Billiglohnland verfrachtet werden. Nachdem die Belegschaft bereits von rund 1 200 auf 850 Beschäftigte reduziert worden war, wird sie jetzt, durch die Entlassung von 250 Kollegen weiter — auf die Hälfte — reduziert. Betroffen davon sind vor allem Frauen, die in der Friedrichshafener Gegend bereits 70 Prozent der Arbeitslosen ausmachen.

Zur gleichen Zeit, Ende September, schließt Grundig ein Werk in Neuburg bei Ingolstadt — auch hier werden vor allem Frauen entlassen, denen als „Ersatz" 60 Teilzeitarbeitsplätze in einem Pharmagroßhandel angeboten werden.

So vollzieht sich, meist in aller Stille, der hemmungslose Verdrängungskampf der Monopole in der angekriselten Industrie für Unterhaltungselektronik, die als eine der ersten die sinkende Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung zu spüren bekam. Mehrere Massenentlassungen hatten bereits in den letzten 19 Monaten stattgefunden, weitere werden kommen. Denn die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, die Erhöhung der Produktionsleistungen ist der einzige Weg, den die Herren der Elektrokonzerne kennen.

Vor den Metallgewerkschaftern steht die Aufgabe diese fast heimliche Entlassungskampagne zu stoppen, die überall vor allem die Frauen treffen wird, die in der Elektroindustrie einen hohen Anteil der Beschäftigten ausmachen.

Eindeutiges Gerichtsurteil

Bauer-Betriebsräte gewinnen Prozeß!

HAMBURG. — Der Versuch der Bauer-Geschäftsleitung, auf gerichtlichem Wege politisch unbequeme Betriebsräte loszuwerden, ist gescheitert.

Die Unternehmensleitung des Bauer-Verlags hatte den gesamten Betriebsrat absetzen wollen, weil er angeblich seinen „Pflichten" nicht nachgekommen sei. Sie hatte das Einschreiten des Betriebsrats gegen zwei seiner Mitglieder verlangt, die einen Artikel aus der DGB-Jugendzeitung „'ran", der sich mit den Praktiken des Bauer-Verlags beschäftigte, verteilt hatten. In dem „'ran"-Artikel „Reporter des Satans" waren die redaktionellen Praktiken des Bauer-Verlags sehr scharf kritisiert worden. Der Betriebsrat hatte sich geweigert, der Geschäftsleitung den Erfüllungsgehilfen zu machen.

Sowohl aus der Belegschaft als auch aus zahlreichen Betriebsräten der Druck- und Verlagsbranche, aber auch aus anderen Wirtschaftsbereichen hatte der Bauer-Betriebsrat eine sehr starke Solidarität erfahren, die mit ein Grund für das jetzige Urteil des Hamburger Arbeitsgerichts war.

Im zweiten Vierteljahr 80

Bauindustrie meldet Auftragsrückgang

WIESBADEN.— Der Hauptverband der deutschen Bauindustrie e.V. Wiesbaden meldet in seinem neuesten Baukonjunkturspiegel den Rückgang der Bauaufträge in allen Sparten der Bauindustrie.

Den größten Einbruch mußte der Bereich öffentlicher Hochbau hinnehmen, der im April nur noch Aufträge in Höhe von 670 Millionen Mark erzielte, das waren 10,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Auch der Wirtschaftsbau, in den ersten drei Monaten noch „Retter der Branche" verlor im Vergleich zum Vorjahr 0,4 Prozent Aufträge und verbuchte noch 1,6 Milliarden Mark.

Die gesamte Bauindustrie verzeichnete im April 1980 Aufträge im Wert von 6,3 Milliarden Mark, was der Zahl nach eine Steigerung um 0,6 Prozent ist. Die inflationäre Entwicklung abgerechnet, also real berechnet, bedeutet dies einen Rückgang von 8,2 Prozent laut offiziellen statistischen Aussagen.

Die Bauindustrie, vor allem der Wirtschaftsbau, hat in ihrer Auftragsentwicklung, von jeher eine signalisierende Rolle gespielt: die jetzt gemeldeten Auftragsrückgänge, zusammen mit der wachsenden Zahl arbeitsloser Bauarbeiter zeigen die aktuelle Vertiefung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen auf.

Vor Gericht

Frauen kämpfen um mehr Lohn

Erfolg bei Thyssen-Draht

WETZLAR.— 25 Arbeiterinnen, die als Kabelspulerinnen bei Thyssen-Draht in Aßlar (Lahn-Dillkreis) beschäftigt sind haben recht bekommen. Ihrer Klage auf Einstufung in eine höhere Lohngruppe wurde stattgegeben.

Sie werden nun von Lohngruppe drei in Lohngruppe vier hochgestuft, was 75 Mark mehr im Monat ausmacht und eine Nachzahlung von 900 Mark, da die Entscheidung rückwirkend von 1. September 1979 geltend wurde, dem Zeitpunkt der Klage. Die Klage war vom DGB unterstützt worden, nachdem es jahrelange betriebsinterne Auseinandersetzungen gegeben hatte. Die Kapitalisten kündigten sofort nach der Urteilsverkündung an, Berufung einzulegen.

Zur gleichen Zeit geht der Prozeß von zehn Kolleginnen der Gewerkschaft NGG gegen den Langnese-Honig-Betrieb Diabona vor dem Arbeitsgericht Lübeck weiter, die auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit klagen. Das Oetker-Management bezahlt ihnen 1,61 Mark weniger in der Stunde als Männern, die die gleiche Arbeit machen. Davon betroffen sind rund 60 Arbeiterinnen, denen ebenfalls jahrelang eine betriebsinterne Lösung verweigert wurde.

Bankgewerbe

Eine Welle der Arbeitsplatzvernichtung

FRANKFURT/MAIN.— Die Schließung von 7 000 Bankfilialen und die Vernichtung von 200 000 Arbeitsplätzen im europäischen Bankgewerbe sagt die Unternehmensberatungsgesellschaft Pactel für die nächsten Jahre voraus.

In den 38 000 Bankfilialen der Bundesrepublik werden laut offiziellen Vorstandsplänen in den nächsten zehn Jahren jährlich 1,4 Milliarden Mark für die Automation investiert werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Beschaffung von rund 12 000 Geldautomaten, mit denen Zehntausende an Kassen Beschäftigte überflüssig werden.

In ganz Europa beträgt der Wert der installierten Automaten Anfang 1980 die Summe von 13 Milliarden Mark und soll bereits bis Ende 1981 auf 20 Milliarden Mark steigen. Neben Geldautomaten sind vor allem Textverarbeitung und Mitarbeiterterminals mit direktem Datenverkehr zur jeweiligen Bankzentrale im Mittelpunkt der Rationalisierungsanstrengungen.

Das wird auch eine weitere Schrumpfung der Zahl der Banken mit sich bringen, die gegenwärtig in Europa bereits auf 14 000 gesunken ist, von denen aber nur rund 40 Großbanken die Geschäfte bestimmen und Tausende anderer Banken kontrollieren.

Aus „Voran", Betriebszeitung der KPD für Ford/Köln

6 000 Entlassungen — keine Privatsache

Jetzt ist es raus! 6000 sollen „freiwillig" entlassen werden! Kollegen, die sich jahrelang für den Profit von Ford krummmachen mußten, die Sonderschichten fahren mußten, wenn der Ford es so wollte, sie sollen jetzt mit einem Federstrich auf die Straße gesetzt werden! Empörend aber auch, daß man als Ford-Arbeiter diese Nachricht übers Radio hören muß. Gleichzeitig war vom Betriebsrat monatelang nichts anderes zu hören als Beruhigungsmusik!

Wer erinnert sich nicht noch an das Auftreten von Kuckelkorn auf der Betriebsversammlung. „Ich höre da soviel von Entlassungsgerüchten", sagte er da, „Ihr könnt beruhigt sein. Alle Gerüchte über Entlassungen stimmen nicht. Der Betriebsrat wird sich voll einsetzen, um die Schwierigkeiten durch Kurzarbeit zu beheben. Ihr könnt Euch auf uns verlassen!" Das etwa waren seine Worte! Und heute?



Ford-Montage in Köln.

Heute sieht man, wozu diese beruhigungstaktik führt, nämlich daß die Ford-Geschäftsleitung glaubt, die Entlassungen über die Bühne zu bekommen, weil alle Kollegen und sogar die V-Leute überrascht sind.

Weichgekocht durch die bisherigen Entlassungsgerüchte und weil der Betriebsrat behauptet, nichts mehr tun zu können, soll es so aussehen, als sei der Zug abgefahren.

Jeder Kollege, der mit der Prämie liebäugelt, sollte sich diesen Schritt doch zweimal überlegen. Abgesehen von manchen Angestellten, die wieder einmal bevorzugt werden, ist die Prämie doch ein ziemlicher Witz. Und es muß auch jedem Kollegen klar sein, daß bei dem derzeitigen Arbeitsmarkt in Köln mit 23 000 Arbeitslosen eine neue Stelle schlecht zu finden ist.

Das Schlimmste ist, wenn man sich als V-Mann von der Vertrauenskörperleitung anhören muß, die Abfindungen seien eine Privatsache zwischen dem Werk und denjenigen, die der Abfindung zustimmen. Und wenn gesagt wird, deshalb könnten Betriebsrat und Belegschaften nichts machen.

Tatsache ist, daß:

1. 6 000 Arbeitslose eine starke Belastung für den Kölner Arbeitsmarkt ausmachen, da es gerade im Metallbereich viele Entlassungen schon gegeben hat. Die Arbeitslosenquote in Köln würde von 5,7 auf 6,9 Prozent steigen. Daran würde auch das Angebot der Bundesbahn, entlassene Fordarbeiter aufzunehmen, nichts ändern;
2. die Arbeit der 6 000 Entlassenen zum Teil von anderen mitgemacht werden muß, und;
3. gleichzeitig Henry II im Profit schwimmt, denn er hat vor acht Wochen noch 1,3 Milliarden DM in die USA mitgenommen.

„Mit dem nötigen Maß an Verständnis"

Wenn es nach Kuckelkorn geht, dann kann man überhaupt nichts machen. Der Verkauf geht schlecht und damit Basta. Um das erklärt zu bekommen brauchen wir aber keinen Kukkelkorn, das hätte uns Henry Ford auch sagen können.

Was ist mit der lange und oft aufgestellten Forderung nach der 35-Stunden-Woche? Bei Volvo in Schweden soll zum Beispiel die Arbeitszeit verkürzt werden. Ford Vorstandssprecher Gaeb wurde im WDR befragt, warum das bei Ford nicht auch so gemacht werden. Seine Antwort: An Arbeitszeitverkürzungen sei bei Ford momentan nicht zu denken. Im Übrigen habe der Betriebsrat die Nachricht „zwar nicht mit Begeisterung aber mit dem nötigen Maß an Verständnis aufgenommen." Dabei muß man bedenken, daß trotz der Entlassungen weiterhin Kurzarbeit gefahren werden soll.

Durch Kampf die Arbeitsplätze erhalten

Tatsache ist, allein die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde einen Arbeitsplatzgewinn von 3 750 Arbeitsplätzen bedeuten und pro Jahr nicht mehr kosten (ca. 195 Mio. DM), als jetzt für die Abfindungen ausgegeben werden soll (135 Mio. DM). Das kostet aber nicht ein Sechstel von dem Geld, das Henry Ford eingesackt hat!

Es stimmt nicht, daß man nichts tun kann. Die wichtigsten Aufgaben sind: Die V-Leute müssen einen Forderungskatalog aufstellen. Betriebsversammlung sofort. Information der Bevölkerung über Zeitungen und eigene Informationen. Vielleicht auch eine Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung in Köln.

Es müssen natürlich auch Kampfmaßnahmen geplant werden. Der zentrale Punkt ist dabei, was bringt ein Streik, wo doch so viele Autos auf der Halde stehen. Es stimmt nicht, daß ein Streik nichts bringt. Gerade in der jetzigen Zeit kann sich Ford keine Lieferfristen leisten. Sie würden damit die letzten Marktanteile auch aufgeben. Das einzige, was nichts bringt, ist die ständige Abwiegelei des Betriebsrates!

Wenn Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung diesen Kampf nicht führen wollen, dann müssen eben die V-Leute zusammen mit anderen interessierten Kollegen alleine einen Ausschuß bilden, der den Kampf gegen die Entlassungen organisiert! Da weiß man wenigstens, daß man nicht übers Ohr gehauen wird! Die Zeit ist knapp, aber zu spät ist es nicht, unsere Forderungen durchzusetzen!

Keine Massenentlassungen bei Ford! 35-Stunden-Woche bei Ford, Lohnausgleich! Runter mit der Bandgeschwindigkeit, längere Taktzeiten! Mehr Pausen in der Schicht (bei VW gibt's 48 Minuten, demnächst 60 Minuten). Bei Kurzarbeit in voller Lohnausgleich, berechnet auf den Effektivlohn!



1973: Streik der Ford-Arbeiter für eine Teuerungszulage.

Der Gewerkschaftskommentar

Eugen Loderer, seines Zeichen Vorsitzender der IG Metall, trägt bekanntlich die Bürde einer großen Verantwortung. Nicht nur, weil er Gewerkschaftsführer ist. Loderer trägt gleichzeitig auch Mitverantwortung bei der Unternehmensführung großer Konzerne. Bei Mannesmann und VW vertritt er die Arbeitnehmer gar in der Position des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden.

Man sagt, Loderer verstehe es, dergestalt mitzubestimmen, daß sowohl den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen, als auch den Interessen der Belegschaften gleichermaßen gedient sei. Wahrlich eine Kunst die außergewöhnliches Talent erfordert! Aber Eugen Loderer beherrscht sie. Das kann man jetzt ein weiteres mal studieren, wenn man den Kommentar Loderers in der neuesten Ausgabe der „metall" auf Seite 2 liest. Überschrift: *„Die japanische Herausforderung"*.

Die Synthese

Gleich im ersten Satz stellt der IGM-Boß schonungslos fest: *„Die japanische Industrie wird immer stärker zu einem Schreckgespenst für deutsche Arbeitnehmer aufgebauscht."* Aber ein Loderer läßt sich nicht kirre machen. Seine weiteren Ausführungen dokumentieren sein hohes wirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein. Denn wer nach dem ersten Satz noch befürchtet hat, Loderer werde jetzt an Stelle unseres gefährlichen japanischen Feindes das deutsche Unternehmertum zum falschen Feindbild für die Arbeiter hochstilisieren, darf im weiteren zu seiner Erleichterung lesen: *„Wir müssen uns der technologischen Herausforderung stellen. (...) Die deutschen Unternehmer dürfen nicht aus ihrer Pflicht im internationalen Wettbewerb entlassen werden. Die wirtschaftliche Kraft unseres Landes muß gewahrt werden."*

Bravo! Gerade jetzt, in einer so schwierigen Situation, wäre es doch eine bodenlose Verantwortungslosigkeit, die Unternehmer und ihr Profitsystem zu verteufeln, anstatt klarzustellen, daß wir Deutschen alle in einem Boot sitzen. Nur wenn jetzt alle, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, fest zusammenstehen, können wir schließlich gegenüber der japanischen Herausforderung bestehen!

Und gerecht, wie Loderer nun einmal ist, nimmt er bei aller Betonung des Gemeinwohls doch die Arbeiter gegenüber dem Grafen Lambsdorff in Schutz, dem er mit scharfen Worten an die Karre fährt: Es sei *„blanker Hohn, vom deutschen Arbeitnehmer zu verlangen, angesichts der Verkaufserfolge der japanischen Industrie mehr zu arbeiten"*.

Aber selbst bei dieser Feststellung, die für manchen bereits gefährlich an der Grenze zu überholten Klassenkampfvorstellungen liegt, kann Loderer sich wenigstens von dem klugen Teil der Unternehmerschaft noch ein verständiges Augenzwinkern erhoffen: Man muß solche Dinge ja nicht unbedingt lauthals in die Welt hinausposaunen. Ist das denn nötig? Davon spricht man nicht, das setzt man besser im Stillen durch...

Loderer aber demonstriert noch bei seinem Rüffel für den Grafen aus Bonn unternehmerisches Denken und Fühlen. Er weist Lambsdorff zugleich zurecht, er habe mit seinem Geschrei: *„japanischen Produkten einen kostenlosen Werbeeffekt verschafft"*. Einen kostenlosen! Man bedenke, als deutscher Wirtschaftsminister!

Wer wollte da noch bezweifeln, daß der Loderer es wirklich versteht, die Interessen von Arbeitern und Kapitalisten unter einen Hut zu bringen, nämlich unter den der Kapitalisten? Zumindest gelingt Loderer die Synthese zwischen den Interessen der japanischen Arbeiter und der deutschen Unternehmer. Wie das? Lassen wir den IGM-Chef selber sprechen: *„Wir haben unsere japanischen Kollegen gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß die auffälligsten sozialen Nachteile der japanischen Arbeitnehmer gegenüber ihren deutschen Kollegen verringert werden."*

Ist das nicht genial? Also liebe japanische Arbeiter, haut mal ein bischen rein im Kampf für eure Forderungen, denn wenn Kapitalisten mehr löhnen müssen, profitiert davon die Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft! Daß da die japanischen Gewerkschaftsführer noch nicht selbst draufgekommen sind?

Vielleicht liegt es daran, daß sie parallel zu ihrem deutschen Kollegen Loderer ganz speziell die Konkurrenzstärke und die Exportchancen ihrer eigenen, der japanischen Wirtschaft, im Auge haben und nicht etwa die der deutschen? Auch sie wollen vermutlich die Interessen von Arbeitern und Unternehmern unter einen Hut bringen, nur nicht unter den Hut der deutschen, sondern der japanischen Profithaie.

Wenn man es so bedenkt, könnte man fast auf den Gedanken kommen, die japanischen Bonzen seien bei diesem Unterfangen mindestens ebenso große Künstler wie Eugen Loderer. Jedenfalls kann man ihnen nicht vorwerfen, daß sie die japanischen Unternehmer aus ihrer Pflicht im internationalen Wettbewerb entlassen haben...

KASSEL. — In der Juni-Nummer der „RGO-Nachrichten" ruft der RGO-Vorstand zur Vorbereitung des zweiten Bundeskongresses der Revolutionären Gewerkschaftsopposition im DGB auf. Gerade auch die Leser des „Roten Morgens", Mitglieder und Freunde unserer Partei sind dazu aufgerufen, sich kräftig an diesen Vorbereitungen zu beteiligen.

II. RGO-Bundeskongreß im Dezember!

Dieser zweite RGO-Kongreß findet in einer Zeit statt, da die Opposition in den DGB-Gewerkschaften immer stärker wird. Diese Opposition, die sich gegen die Kapitulation der reformistischen Gewerkschaftsführung vor den Angriffen der Kapitalisten und gegen die Spaltungsversuche reaktionärer Kräfte richtet, braucht aber, das hat sich gerade in letzter Zeit überdeutlich gezeigt, eine organisierende Kraft. Daß die RGO diese Kraft ist, hat sich dort bewiesen, wo sich seit längerem klassenbewußte Gewerkschaftsmitglieder in RGO-Gruppen organisiert haben, um dem Kurs der Reformisten Widerstand zu leisten.

Die Auffassungen der KPD über die Aufgaben der RGO sind bekannt. In den Genossen und Anhängern unserer Partei, die RGO-Mitglieder sind, liegt es jetzt, diesen Kongreß so vorzubereiten helfen, daß die RGO geschlossen und mit klarer Linie in die kommenden schweren Zeiten gehen kann, die die Situation innerhalb der Gewerkschaft weiter zuspitzen werden und die Möglichkeiten der Opposition eine konsequente Gewerkschaftspolitik durchzusetzen weiter erhöhen werden.

Chemie-Gewerkschaftstag vom 7. bis 13. September in Mannheim

Wer ist die Minderheit?

Zahlreiche oppositionelle Anträge eingereicht

FRANKFURT.— Die IG Chemie Papier Keramik hat jetzt in der „Gewerkschaftspost" sämtliche 647 Anträge und Entschließungen für den 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IGCPK veröffentlicht. Aus diesen Anträgen, insbesondere zu jenen Themen, die im letzten Jahr im Zentrum der internen Auseinandersetzungen standen, wird deutlich, daß die Opposition gegen den Kurs der Hauenschild-Leute im Vorstand immer stärker wird.

Bereits in den Empfehlungen der Antragskommission wird deutlich, daß Hauenschild mit einer starken oppositionellen Kraft gegen seinen Kurs der Zusammenarbeit mit den Chemiemonopolen rechnen muß. Bei den verschiedenen Anträgen zur innergewerkschaftlichen Demokratie, einem zentralen Punkt der internen Auseinandersetzungen, folgte die Kommission in einer ganzen Reihe von Punkten den Anträgen der Opposition. Was sich bereits bei den Delegiertenversammlungen zahlreicher Verwaltungsstellen angedeutet hatte, ist damit zur Wirklichkeit geworden. **Hatte dort Paul Plumeyer mit seiner Kritik an der Politik des Hauptvorstandes großen Widerhall gefunden, so zeigt sich jetzt, daß diese Kritik von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären in der ganzen Bundesrepublik geteilt wird, daß zunehmend einheitliche oppositionelle Auffassungen vertreten werden.**

So besteht vor diesem Gewerkschaftstag die Möglichkeit, daß es den kämpferischen und klassenbewußten Gewerkschaftern gelingt, einen Sieg über die sozialpartnerschaftliche Politik des Hauptvorstandes zu erringen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß Hauenschild, der noch vor einigen Monaten oppositionelle Kräfte als eine kleine Minderheit bezeichnete eines besseren belehrt wird, daß er sich nicht nur einer großen Minderheit gegenübersieht, sondern in wichtigen Fragen selbst in der Minderheit bleibt.

In der nächsten Nummer wird der „Rote Morgen" die Anträge zum Gewerkschaftstag genauer behandeln.

Gnadenloser Konkurrenzkampf auf dem Automarkt (2)

Zerstört die japanische Offensive unsere Arbeitsplätze?

Kapitalisten propagieren neues Feindbild

Die kapitalistische Propaganda setzt den Werktätigen in unserem Land gegenwärtig ein neues Feindbild vor: „Die Japaner" und ihre rasant gestiegenen Autoexporte sollen Schuld sein an der gegenwärtigen Krise in der westdeutschen Autoindustrie und an der Gefährdung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen. Minister Lambsdorff hat von seiner jüngsten Japanreise auch gleich ein „Rezept" gegen die japanische Offensive mitgebracht: Die Autowerker in der Bundesrepublik sollen mehr und schneller arbeiten.

In der letzten Ausgabe des RM haben wir untersucht, was hinter dem Gerede von der „japanischen Herausforderung" steckt und festgestellt, daß die japanischen Automonopole im internationalen Konkurrenzkampf vor allem deshalb gegenwärtig Vorteile haben, weil sie durch die umfassende Einführung neuer Produktionsmethoden und durch andere Faktoren die Lohnkosten drastisch gesenkt haben. Weiter haben wir in unserem Artikel beschrieben, mit welchen Mitteln die westeuropäischen und amerikanischen Monopole diesen Vorsprung wieder ausgleichen wollen. Sie investieren gegenwärtig Milliardensummen in die weitgehende Automatisierung der Produktion, was natürlich neue Massenentlassungen zur Folge haben und auf der anderen Seite auch die Konkurrenz auf dem internationalen Automarkt weiter verschärfen wird.

Um die Bedeutung der Konkurrenz auf dem Automarkt für die Lage der Werktätigen richtig einzuschätzen, muß man sie vor dem Hintergrund der Entwicklung in der kapitalistischen Weltwirtschaft betrachten, die gegenwärtig am Beginn einer neuen zyklischen Krise steht. In den USA rutschte im April der Sammelindex der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab, der tiefste Fall seit seiner Einführung im Jahr 1948. Die Industrieproduktion ging im Mai gegenüber dem Vormonat um zwei, gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Prozent zurück. In den USA und in Britannien hat die zyklische Krise schon voll eingesetzt. In Frankreich und in der Bundesrepublik ist gegenwärtig noch eine Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen. Aber auch bei uns, wo die Konjunktur schon Mitte 1979 ihren Höhepunkt erreichte und seitdem stagniert, haben in den letzten Wochen verschiedene kapitalistische Wirtschaftsinstitute offen Vergleiche der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung mit der vor den Krisenjahren 1974/75 gezogen.

Und gerade an der Entwicklung der Autoindustrie kann man solche Vergleiche bestätigt finden.

PKW-Produktion der BRD (in 1 000)

1973	3 360	+ 6,1 2)
1974	2 576	— 23,3 2)
1975	2 690	+ 4,4 2)
1979	3 668	+ 36,4 3)
1980 1)	1 975	— 9,0 2)

1) I. Halbjahr
2) In Prozent gegenüber Vorjahr
3) 1979 gegen 1975

Diese Aufstellung zeigt übrigens nebenbei, daß die krisenhaften Schwankungen der Autoindustrie ihre Ursachen nicht in „den Japanern" haben. Denn beim letzten großen Einbruch 1974 waren hierzulande Toyota, Datsun oder Mazda noch völlig unbekannte Größen.

In den USA, wo — wie gesagt — die Krise schon voll eingesetzt hat, sind auch die Produktionsverluste in der Autoindustrie noch extremer als in der BRD. Bei den „Großen Drei" ging im ersten Halbjahr die Produktion um 35 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr zurück. Gegenwärtig sind im Lande Carters 300 000 Autoarbeiter als erwerbslos registriert. Wenn also nicht der Vorstoß „der Japaner" diese Produktionseinbrüche in den USA und in Westdeutschland bewirkt hat, wovon sind sie dann hervorgerufen worden? Liegt es etwa daran, daß einfach zu viele Autos produziert werden?

Eine Antwort auf solche Fragen hat schon Karl Marx in seiner Analyse der kapitalistischen Produktion gegeben: **„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktionskräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenzen bilde."**

Unter einer absoluten Konsumtionsfähigkeit verstand Marx die Konsumtionsfähigkeit einer von den Fesseln des Kapitalismus befreiten, also einer sozialistischen Gesellschaft. In einer solchen Gesellschaft ist es selbstverständlich, daß alle auf dem jeweiligen Entwicklungsstand der Wirtschaft produzierten Waren auch konsumiert werden. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen trifft die Ausweitung der Produktion notwendigerweise auf die von Marx erwähnte Beschränkung. Und die besteht nicht darin, daß zu viele Waren auf dem Markt wären. Denn das würde ja heute, wo Auto- und Bauindustrie international Vorreiter der Krise sind, bedeuten, daß es mehr Autos oder Wohnungen geben würde, als die Menschen gebrauchen könnten.

Nein, die Beschränkung, auf die im Kapitalismus die Ausweitung der Produktion trifft, ist die zurückgehende Kaufkraft der Massen. Nehmen wir als Beispiel wieder die USA, wo die zyklische Krise schon offen aufgebrochen ist. Hier stand bereits im vergangenen Jahr der durchschnittlichen Erhöhung der Stundenlöhne von 8,6 Prozent eine Steigerung der Konsumentenpreise um 11,4 Prozent entgegen. Und in diesem Jahr sind die Realeinkommen der Werktätigen und damit ihre Kaufkraft noch weiter gesunken. In der Bundesrepublik stagniert das Realeinkommen gegenwärtig mit sinkender Tendenz. Dabei muß natürlich auch berücksichtigt werden, daß nicht nur die im Vergleich zur Teuerung niedrige Lohnerhöhungen insgesamt die Kaufkraft der Massen schwächen, sondern auch die Arbeitslosigkeit, zunehmende Kurzarbeit, der Abbau von Überstunden usw.

Die gegenläufige Entwicklung zwischen der Produktionskraft und der Konsumtionskraft der kapitalistischen Gesellschaft macht sich heute ebensowie sie zum Beginn der letzten zyklischen Krise 1974/75 zuerst und mit besonderer Wucht in der Autoindustrie geltend. Denn das Auto ist einerseits einer der wichtigsten Massenverbrauchsartikel. Auf der anderen Seite aber ist es für die Werktätigen bei einem Rückgang des Einkommens natürlich leichter, auf den Neukauf eines Autos zu verzichten als beispielsweise Einschränkungen bei der Kleidung oder bei Lebensmitteln hinzunehmen.

Wie werden sich nun die in unserem Artikel beschriebenen Strategien der Automonopole im Rahmen der Verschärfung de Krise auswirken? Wie gesagt werden gegenwärtig Investitionsprogramme in Milliardenhöhe aufgelegt, um den japanischen Vorsprung bei der Automatisierung der Produktion auszugleichen. Das alleine, beziehungsweise die damit unweigerlich verbundenen Massenentlassungen werden die Krise weiter vertiefen. Zudem wird mit der geplanten massenhaften Ersetzung von Arbeitern durch Maschinen das dem Kapitalismus innewohnende Gesetz von tendenziellen Fall der Profitrate wirksam werden, dem die Kapitalisten — die ja ihre Profitmasse sichern und erweitern wollen — unter anderem auch durch die Erweiterung der Produktion begegnen müssen.

Und tatsächlich haben nahezu alle großen Automonopole die Entwicklung neuer Modelle angekündigt; suchen sie neue Standorte für die Produktion und planen sie die Errichtung neuer Werke — vorzugsweise in sogenannten Billiglohnländern unter faschistischer Herrschaft. VW etwa bereitet die Aufnahme der Produktion in Argentinien, Ägypten und China vor. Diese Verstärkung der Produktionskapazitäten jedoch wird nicht nur die Konkurrenz zwischen den einzelnen Monopolen zu einem immer gnadenloseren Verdrängungskampf machen. Sie wird auch zu einer vermehrten Überproduktion führen und den oben beschriebenen Widerspruch zwischen dem Wachstum der Produktionsmöglichkeiten und der Verringerung der Massenkaufkraft weiter verschärfen. Und die Folge werden dann um so stärkere Produktionseinbrüche mit den für die Werktätigen verheerenden Folgen wie Betriebsstillegungen, vermehrte Entlassungen, Kurzarbeit usw. sein.

Angesichts dieser Perspektive ist natürlich ein konsequenter Kampf um die Verteidigung der Positionen der Arbeiterklasse notwendig. Von besonderer Bedeutung sind dabei der Kampf für kürzere Arbeitszeiten, vor allem um die 35-Stunden-Woche, weil dadurch dem massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen entgegengewirkt werden kann und der Lohnkampf, um ein Sinken des Realeinkommens zu verhindern.

Aber auch Erfolge in diesem Kampf können die Krise nicht aus der Welt schaffen. Stalin sagt dazu: **„Die Basis der Krise liegt im Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung der Produktionsergebnisse. Ausdruck dieses Grundwiderspruchs des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem kolossalen Anwachsen der Produktionskapazität des Kapitalismus, die auf die Erzielung eines Maximums kapitalistischen Profits berechnet sind, und dem relativen Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage seitens der Millionenmassen der Werktätigen, deren Lebenshaltung die Kapitalisten ständig in den Schranken des äußerstern Minimums zu halten suchen."**

Es ist dieser von Stalin genannte Grundwiderspruch des Kapitalismus, der periodisch Krisen mit ihren vom „gesunden Menschenverstand" nicht mehr zu fassenden Erscheinungen hervorbringt: daß sich nämlich auf der einen Seite die von den Arbeitern produzierten Waren zu „Bergen" oder „Halden" auftürmen, während die gleichen Werktätigen auf der anderen Seite zu immer größerem Verzicht gezwungen sind, daß schließlich die Massen hungern, weil „zuviel" Brot und frieren, weil „zuviel" Kohle produziert wird.

„Die Krise", sagt Lenin, **„zeigt, daß die heutige Gesellschaft unvergleichlich mehr Produkte für die Verbesserung des Lebens des gesamten werktätigen Volkes erzeugen könnte, wenn nicht ein kleines Häuflein Privateigentümer, die am Elend des Volkes Millionen verdienen, den Grund und Boden, die Fabriken, Maschinen usw. an sich gerissen hätten."**

Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung der Produkte aber kann niemals auf dem Boden dieser Gesellschaft gelöst werden. Dazu bedarf es der sozialistischen Revolution, dazu muß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten die Macht des „kleinen Häufleins Privateigentümer" stürzen und ihren Staat der proletarischen Diktatur errichten. Erst in einem sozialistischen Deutschland werden sich solche gewaltigen Umwälzungen wie diejenigen, die jetzt in der Autoindustrie vor sich gehen, in doppelter Weise in einen Segen für die werktätigen Menschen verwandeln.

Von den Schranken des kapitalistischen Profitinteresses befreit kann die Revolutionierung von Produktionsverfahren einerseits dazu genutzt werden, die Warenpreise zu senken und andererseits dazu, die Arbeitszeit in den betreffenden Industriezweigen immer weiter herabzusetzen.

Arbeitslose Autoarbeiter in Detroit/USA.





VW setzt auf Kapitalexport: Neue Werke sind in Argentinien, Ägypten und China geplant. Hier das VW-Werk in Brasilien.

„Bremer Krawalle"

SPD-Führung nimmt Jusos an die Kandare

BONN. — Die Farce der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die sich mit den sogenannten Bremer Krawallen anläßlich der NATO-Veranstaltung vom 6. Mai im Bremer Weserstadion befassen, wird fortgesetzt. Nachdem schon in Bremen selbst ein Ausschuß getagt hatte, wurden letzte Woche die Befragungen vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages abgeschlossen.

Dabei geht es — wie wir im letzten RM schon feststellten — keineswegs darum, die gewalttätigen Provokationen am Rande der Friedensdemonstration aufzuklären. Und das ist wenig verwunderlich, seit man weiß, daß die Bonner Geheimdienste aktiv daran beteiligt waren; wenn sie nicht gar die eigentlichen Drahtzieher dieser Provokationen gewesen sind.

Die Tätigkeit dieser Ausschüsse richtet sich vielmehr darauf, durch Diffamierung der Friedensdemonstration ein Klima für die weitere Einschränkung der demokratischen Rechte zu schaffen. Und eines der hier offen betriebenen Ziele ist es auch, sicherzustellen, daß sich Gliederungen der SPD — wie etwa die Jusos — nicht an dem sogenannten Volksfront-Komplex, also an Bündnissen mit antifaschistischen, demokratischen oder gar kommunistischen Organisationen beteiligen. Die Partei des Kandidaten Strauß spielt hier wieder ihre bekannte Rolle als Einpeitscher und Hetzer gegen die „rote Volksfront". Wir wollen im folgenden untersuchen, wie sich die SPD-Führung dazu verhält.



Bremer Friedensdemonstration vom 6. Mai.

Einer der ersten SPD-Politiker, die vor dem Bonner Untersuchungsausschuß aussagten, war Kriegsminister Apel. Seine Erklärungen gaben einen bezeichnenden Aufschluß über die angeblich demokratischen Strukturen in der sozialdemokratischen Partei. Es hatte ja im Vorfeld des NATO-Spektakels vom 6. Mai heftige Auseinandersetzungen in der Bremer SPD gegeben. Ein großer Teil der einfachen Mitglieder war empört darüber, daß ausgerechnet in einer Situation der sich weltweit zuspitzenden Kriegsgefahr im Weserstadion mit dem Säbel gerasselt und eine militaristische Provokation vom Zaun gebrochen werden sollte. Diese Empörung schlug sich unter anderem auch in einem Beschluß des Unterbezirks Bremen-Ost der SPD nieder, gegen das NATO-Spektakel öffentlich zu demonstrieren.

Auf die Vorhalte des CDU-„Verteidigungsexperten" Wörner, Apel habe sich gegenüber seinen Bremer Parteifreunden nicht energisch genug für das militaristische Schauspiel im Weserstadion eingesetzt, deckte der Kriegsminister seine entsprechenden Aktivitäten auf. Er habe, so Apel, sofort den Parteivorstand des SPD zusammengetrommelt und dort eine einstimmige Resolution für das NATO-Spektakel verabschieden lassen. Dann habe er sich die Bremer Parteiführung vorgenommen und sie eine ähnliche Entscheidung fassen lassen. Darüber hinaus sei die Bremer Parteiführung angewiesen worden, den Demonstrationsbeschluß von Bremen-Ost aufzuheben, was auch geschah. Von da an stand jedes Mitglied der SPD, das sich dennoch an Protesten gegen das NATO-Spektakel beteiligen wollte, unter der Drohung eines Ausschlußverfahrens.

So läuft also der Weg der vielbeschworenen „demokratischen Meinungsbildung" innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Die Bosse in Bonn befehlen, die mittleren Gremien der Partei kuschen und heben wirklich demokratisch gefaßte Beschlüsse einfach auf; wer nicht pariert, fliegt raus. Apel machte zudem auch kein Hehl daraus, für was der die vielen Menschen hält, die in unserem Land gegen die wachsende Kriegsgefahr aktiv werden: für „Krakeler".

Trotz der Befehle aus Bonn hatte es dann am 6. Mai doch eine Beteiligung der Jusos an der Friedensdemonstration gegeben. Ein Widerspruch, der sich später auflösen wird. Zunächst einmal war als zweiter prominenter SPD-Politiker der Bremer Bürgermeister Koschnik mit seiner Aussage vor dem Bonner Verteidigungsausschuß an der Reihe. Koschnik bestritt energisch, daß die Jusos — wie es vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) behauptet worden war — Kontakte mit dem KBW wegen der Durchführung einer Demonstration gegen das NATO-Spektakel geknüpft hätten. Aus diesen widersprüchlichen Aussagen ergab sich dann ein längeres Hickhack, an dessen Ende die nicht geplante Enthüllung stand, daß der „Juso", der mit dem KBW Verhandlungen führte, ein Agent des Verfassungsschutzes war.

Immerhin aber — so Koschnik — hätten an einer von den Jusos angeregten Demonstrationsbesprechung Vertreter der DKP und der SDAJ teilgenommen. Diese Tatsache hätte ihn, als er davon erfuhr, „auf den Baum getrieben". Und der Bremer Bürgermeister versicherte dem Untersuchungsausschuß, dieser Kontakt der Jusos würde Folgen haben. Es seien schon einige Parteiordnungsverfahren eingeleitet und darüber hinaus sei auch bereits eine Rüge ausgesprochen worden, der sich die Jusos „gebeugt" hätten.

Die SPD-Führung droht hier durch den Mund von Koschnik ihrer Jugendorganisation ganz unverhohlen mit dem großen Knüppel. Die Jusos haben gefälligst die Regierungspolitik zu verteidigen, Proteste dagegen sind unerwünscht und jede Zusammenarbeit mit Organisationen, die in der Opposition zur Schmidt-Regierung stehen (und wenn es nur die revisionistische DKP ist) wird mit Parteiverfahren bestraft. Und die Jusos, haben sie sich diesem Kurs wirklich „gebeugt"?

Das haben sie, zumindest die Figuren, die gegenwärtig an der Spitze der SPD-Jugendorganisation stehen. Der Landesvorsitzende der Bremer Jusos, Ziegert, trat jedenfalls im Büßergewand vor den Bonner Untersuchungsausschuß. Ja, die Rüge der Parteiführung habe man akzeptiert. Und so etwas solle auch nicht wieder vorkommen. Ziegert entwickelte dann die Demonstrationsstrategie der Jusos für den 6. Mai. Und aus dem, was er darüber sagte, wurde auch klar, warum die Jusos trotz des Verbots der Parteispitze auf die Straße gingen. Als die in Sachen NATO-Spektakel aktiv wurden, war nämlich schon längst eine Demonstration beschlossen worden, an deren Vorbereitung ein breites Bündnis von Kriegsgegnern beteiligt war, unter anderem Bürgerinitiativen, die VOLKSFRONT und auch der KBW, der dann später zum Buhmann und hauptverantwortlich für die Provokationen am Rande der Demonstration gemacht wurde.

Die Jusos sind nur deshalb aktiv geworden, um — nach Ziegerts Worten — „dem KBW nicht das Feld zu überlassen", also in offen spalterischer Absicht gegenüber der von einem breiten Aktionsbündnis getragenen Demonstration. Und entsprechend waren denn auch ihre Absichten, die von Ziegert im Einzelnen dargelegt wurden. Die Jusos wollten die Stoßrichtung der Proteste gegen das NATO-Spektakel einzig auf die Form der feierlichen Vereidigung der Rekruten lenken. Und die Proteste sollten auch so durchgeführt werden, daß das Spektakel im Weserstadion in keiner Weise gestört würde. Deshalb schlugen die Juso-Führer vor, die von ihnen angeleierte Spalterdemonstration auf dem Marktplatz, weit weg vom Ort es Geschehens, enden zu lassen. Damit kamen sie jedoch nicht einmal bei ihren eigenen Mitgliedern durch. Als Kompromiß wurden dann als Kundgebungsort die Weserterrassen bestimmt. Das spalterische Konzept der Juso-Führer scheiterte jedoch dann vollständig, als die beiden Demonstrationszüge in der Stadt aufeinanderstießen und die von den Juso-Führern mobilisierten Massen sich spontan der anderen Demonstration anschlossen und mit ihr zum Weserstation zogen.

Was ihn wunderte, so sagte Ziegert vor dem Untersuchungsausschuß, sei die unverständliche Tatsache, warum denn die Polizei diese andere Demonstration nicht verboten hätte. An dieser Stelle muß angemerkt werden, daß nach Aussagen des Bremer Polizeipräsidiums Mitglieder des Juso-Vorstandes unmittelbar vor dem 6. Mai das Verbot ihrer eigenen Demonstration verlangt hätten. Das ist von den Jusos bestritten worden. Nach der Aussage von Ziegert vor dem Verteidigungsausschuß aber geht man wohl kaum fehl in der Annahme, daß die Juso-Bosse das Verbot der anderen Demonstration, gegen die sie ja schon spalterisch gearbeitet hatten, erwirken wollten. All diese Tatsachen werfen ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige Führung der Jusos, die sich so gern oppositionell gebärdet, um ihren Einfluß auf die fortschrittliche Jugend nicht zu verlieren, die aber in Wahrheit zum Kettenhund der SPD-Bosse vorkommen ist.

Geheimdienste setzen illegale Praktiken fort

BONN. — In ungetrübter Einhelligkeit setzen alle Bonner Parteien ihre Bemühungen fort, die Rolle der Geheimdienste bei den Provokationen am Rande der Bremer Friedensdemonstration am 6. Mai zu vertuschen. Mit zynischer Dreistigkeit kündigen sie sogar an, daß sie die illegale Tätigkeit dieser Dienste gegen demokratische Organisationen fortsetzen wollen.

So wurde vor dem Bonner Verteidigungsausschuß von Vertretern aller Parteien herausgehoben, es werde für den Verfassungsschutz auch künftig kein „Observierungs-Tabu" für Betriebe und Universitäten geben. Im Klartext: Die Bespitzelung von Arbeitern und Studenten geht weiter. Der SPD-Abgeordnete Wernitz erklärte vor dem gleichen Ausschuß sogar, es sei „nicht in Ordnung", wenn der Verfassungsschutz darauf verzichten würde, die Jusos bei Kontakten mit revisionistischen Organisationen zu beobachten.

Innenminister Baum machte in der vergangenen Woche deutlich, daß eine in Bremen aus Anlaß des Antikriegstages geplante Kundgebung in ihren Vorbereitungen schon jetzt massiv bespitzelt wird. Die Zusammenarbeit der Geheimdienste — so Baum — klappe dabei vorzüglich.

Unterdessen hat der „Stern" Auszüge aus den Akten des Verfassungsschutzes veröffentlicht, die eindeutig alle Geheimdienstlügen über die Friedensdemonstration vom 6. Mai entlarven. Für die Provokationen vor dem Weserstadion war ja wiederholt hauptsächlich der KBW verantwortlich gemacht worden; ein deutlicher Versuch, die gesamten Demonstration, an der sich der KBW beteiligt hatte, zu kriminalisieren. Unter dem Aktenzeichen L III-076-S-220-25/80 heißt es jedoch in den geheimen Materialien des Verfassungsschutzes: „Informationen aus der Zentrale des KBW besagen, daß der KBW eine politische Kundgebung anstrebt... Die KBW-Anhänger vor Ort sollten sich an die Spitze setzen, falls die Demonstration eskalieren sollte, um das Schlimmste zu verhüten."


Der Chef der Grauen Wölfe, Türkesch mit Leibwächtern in der Dortmunder Westfalenhalle.

Albrecht-Regierung verteidigt Graue Wölfe

Faschistenfreunde im Verfassungsschutz

„Grauwolf ist ein Ehrenname"

HANNOVER. — Seit Monaten wird von den Organen des Bonner Staates eine systematische Hetzkampagne gegen die antifaschistischen Arbeiter aus der Türkei, die in unserem Land leben, betrieben. Der niedersächsische Verfassungsschutz hat im Rahmen dieser Kampagne jetzt neue, unverhüllt profaschistische Zeichen gesetzt.

Wurden bislang mit der Formel vom „türkischen Extremismus von links und rechts", der die Sicherheit dieses Landes gefährde, in provokativer Weise die faschistischen Mordbanden vom Schlage der Grauen Wölfe mit ihren antifaschistischen Gegnern auf eine Stufe gestellt, so sind die Verfassungsschützer aus dem Lande des Herrn Albrecht mittlerweile zur offensiven Verteidigung der Faschisten übergegangen. In zwei „Sonderinformationen", die an ausgewählte Politiker geschickt wurden, warnten sie vor einer „von Kommunisten betriebenen Kampagne" gegen die faschistische MHP-Partei und ihre Jugendorganisation, die Grauen Wölfe. Diese Kampagne richte sich „in Wahrheit gegen die antikommunistische dabei aber westlich orientierte und gemäßigt islamisch ausgerichtete nationalistische Politik der MHP."

Diese Politik der MHP besteht ja bekanntlich im erbarmungslosen Mordterror gegen demokratische Werktätige, wobei die Partei des Hitler-Verehrers Türkes auch vor dem Abschlachten von hunderten unbewaffneten Menschen wie in Karamanmarasch nicht zurückschreckt. Aber ebenso wie ihre Vorbilder von der SS morden die türkischen Faschisten im Geist des Antikommunismus, ihre Massaker dienen einer „westlich orientierten Politik", also der Aufrechterhaltung der Herrschaft des westlichen Imperialismus über die Türkei.

Und deshalb, so folgern die niedersächsischen Verfassungsschützer, könne von diesen Bluthunden natürlich auch keine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik ausgehen. Eine solche Gefahr, so steht es in den „Sonderinformationen" zu lesen, gehe ausschließlich von den linken Protesten gegen die Grauen Wölfe aus. Und so werden denn auch massive Vorwürfe gegen den Vorsitzenden der türkischen Gemeinde in Hannover erhoben, der gegen die Ermordung eines türkischen Demokraten durch Faschisten protestiert hatte. Für den Verfassungsschutz ist dieser Mord ein „Unglücksfall", und die türkische Gemeinde wird beschuldigt, eine demagogische Kampagne wegen dieses Falles zu führen. Überhaupt gibt es — laut „Sonderinformationen" — „keinen Beweis dafür, daß rechtsextremistische Türkenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Gefährdungslage geschaffen haben" und auch keinerlei Beweis dafür, daß die Idealistenvereine (die hinter den Grauen Wölfen stehen) irgendeine Gewaltaktion gesteuert oder gebilligt hätten.

In einem anderen vom stellvertretenden Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Günter Döring, unterschriebenen Papier, wird eine Beschreibung der Grauen Wölfe gegeben. Und um die Sache zu vereinfachen, hat Döring diese Beschreibung aus „Anadolu", dem Organ der Grauen Wölfe übernommen. Da heißt es zum Beispiel: „Die Grauen Wölfe, die die Kommunisten als Geheimorganisation hinstellen, sind nichts anderes als die gesetzestreuen, disziplinierten, demokratischen, idealistischen türkischen Jugendlichen." Und Döring selbst versichert dem auch: „Grauwolf ist in türkischen Ohren ein schmeichelhafter Ehrenname."

So treiben also die gleichen Geheimdienste, die in unserem Land Demokraten und Antifaschisten bespitzeln und verfolgen, eine unverhüllte profaschistische Propaganda. Die Bonner Geheimdienste — das haben auch die Ereignisse in Bremen gezeigt — sind immer mehr zu Brutstätten terroristischer und profaschistischer Aktivitäten gegen das Volk geworden. Deshalb ist die Forderung nach der ersatzlosen Auflösung dieser Dienste heute aktueller denn je.

Empörung und Stoltzenberg-Giftmüll-Skandal

Nun sollen die Opfer auf die Anklagebank

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Im Skandal um die Giftgasfabrik Stoltzenberg haben wir ja schon einiges erlebt: da befindet sich mitten im Wohngebiet ein Gift- und Sprengstofflager; da wird ein spielendes Kind auf dem leicht zugänglichen Gelände der Mord-Firma getötet; da werden Verbindungen von Stoltzenberg zur Bundeswehr aufgedeckt; da stellt sich heraus, daß höchste Politiker ihre schmutzigen Finger im Spiel haben usw. — Die neueste Entwicklung in dieser Affäre allerdings schlägt dem Faß den Boden aus: Statt der Giftgas- und Kampfstoffabrikanten und ihrer Hintermänner kommt jetzt eines ihrer Opfer auf die Anklagebank.

Karl Heinz Ludwig ist der Vater des 12jährigen Oliver, der im vergangenen Jahr beim Spielen auf dem schlecht abgesicherten Stoltzenberg-Gelände von explodierenden Chemikalien getötet wurde. Sein Bruder Thomas war damals verstümmelt und ihr gemeinsamer Freund ebenfalls schwer verletzt worden. Durch das Unglück waren damals die Zustände in der stillgelegten Fabrik erstmals in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. — Nun soll sich der Vater Karl Heinz Ludwig vor Gericht verantworten, weil er angeblich die chemischen Experimente seiner Kinder geduldet haben soll. Die Ankläger halten es für denkbar, daß der Vater schuldiggesprochen werden kann.

Die Gerichtsverhandlung wäre die erste, die überhaupt im Fall Stoltzenberg geführt wird, und es ist bezeichnend, daß der von den Giftchemiekapitalisten schwer geschädigte Karl Heinz Ludwig vor den Kadi zitiert wird. Die eigentlichen Schuldigen, die Verdiener und Mitverdiener, die Mitwisser, Mittelsmänner und Protektoren, bleiben unbehelligt.



Giftküche Stoltzenberg: Hier starb der kleine Oliver.

- Nahezu alle Hamburger Senatsbehörden sind in den Giftgasskandal tief verstrickt. Zahlreiche Ämter wiesen immer auf die gefährlichen Zustände auf dem Stoltzenberg-Gelände hin, doch die Giftgasfabrik blieb völlig unbehelligt.
- Bei dem ganzen Skandal spielt die Bundeswehr eine ebenso entscheidende wie trübe Rolle. Der Schriftsteller Günter Wallraff, der bereits dem früheren Prokuristen und heutigen Stoltzenbergbesitzer Leuschner das Geständnis entlockt hat, die Bundeswehr habe 35 Kilogramm Lost und auch das hochgiftige Nervengas Tabun bei ihm bestellt, führte gegenüber einer Zeitung aus: „Da wurden in Munsterlager befindliche Giftgasstoffe der Hamburger Firma aufs Gelände gekippt. Stoltzenberg kassierte pro LKW-Ladung 25 000 Mark. Das Zeug wurde in einem Gelände verbuddelt. Das ging bis 1976. (...) Ich kann beweisen, daß damals Beamte des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung regelmäßig Dienstreisen nach Hamburg unternommen haben und bei Stoltzenberg ein- und ausgingen."

Der wahre Grund dafür, daß alle Beschwerden aus der Bevölkerung, alle kritischen Berichte der zuständigen Behörden, der Polizei, der Feuerwehr in den Aktenordnern verschwanden, ohne daß die kleinste Konsequenz gegenüber der Todesfirma gezogen wurde, liegt darin, daß das Bundesverteidigungsministerium schützend seine mächtige Hand über die Giftgasfabrikanten in Hamburg gehalten hat. Hier sitzen die wahren Schuldigen an dem Tod des Kindes. Sie und sonst keiner — und schon gar nicht der Vater des toten Oliver — gehören auf die Anklagebank!

Zu Besuch bei Paul Pittam

Volkskorrespondenz aus Essen

Am Donnerstag gegen 15.15 Uhr habe ich die Limperstraße in Recklinghausen gefunden. Das Haus Nr. 32 sieht von außen hochherrschaftlich und ehrwürdig aus; stuckverzierte Giebel lassen es optisch vor den anderen unscheinbaren Häusern der Limperstraße hervortreten. Im Recklinghäuser Adressbuch steht unter der Hausnummer 32: Justizvollzugsanstalt. Hinter der alten honorigen Fassade verbirgt sich der Recklinghäuser Knast. Um 15.30 Uhr bin ich hier mit Paul Pittam verabredet, mit dem britischen Antifaschisten, der auf der Grundlage eines Urteils, das vor fünf Jahren vor einem hirngeschädigten Richter gefällt wurde, zweieinhalb Monate absitzen muß.

Der westdeutsche Staat ist nachtragend, wenn es gegen aktive Antifaschisten und Demokraten geht.

Pünktlich um 15.30 Uhr klingel ich. „Ja bitte?" Ich nenne meinen Namen und mein Anliegen. Statt einer Antwort ertönt der Summer; ich stoße die Tür auf. Ich stehe vor einer zweiten; von der ehrwürdigen Fassade ist nichts mehr zu sehen. Hier herrscht trister Knastalltag zwischen nackten Mauern ohne Grün.

Schließlich bin ich in der Wachstube eingetroffen. „Ausweis bitte! Fotoapparat abgeben!" erklingen die Kommandos. Die Zigaretten, die ich Paul schenken will, muß ich auch abgeben. Stattdessen muß ich am Automaten der Wachstube welche ziehen.

Der Wachhabende greift nach dem Telefonhörer. „Hol mal den Pittam, den Engländer runter; Besuch!" Er knallt den Hörer auf die Gabel. „Mitkommen!" Ich komme mit.

Einige Minuten später treffe ich mit Paul zusammen. Er ist angezogen, als käme er gerade aus der Fabrik; nur sein Gesicht verrät, daß dem nicht so ist.

Eine Viertelstunde hat man uns zugebilligt; in Gegenwart eines Beamten. Der saß am selben Tisch, mir genauso nahe wie Paul. In Gegenwart dieses Mannes bin ich befangen. Paul erzählt mir von England, von der polytechnischen Hochschule, auf der er Sozialwissenschaften studiert. Drei Jahre hat er hart arbeiten müssen, um an diese Hochschule zu kommen, nun steht er kurz vor einer Prüfung und die westdeutsche Justiz trifft Anstalten, ihm diesen Weg zu verbauen. Die westdeutsche Justiz war es, die seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik jäh gestoppt hat, damals, vor fünf Jahren. Rausgeschmissen haben sie ihn aus Westdeutschland, weil er nicht in ihr reaktionäres Raster paßte. Dann hat er sich eine neuen Weg gebahnt, den an die Hochschule. Nun ist es wieder die westdeutschen Justiz, die ihn aus der Bahn herausreißt.

„Sag den Genossen der Roten Hilfe, daß sie mir das Wörterbuch bringen können; es ist genehmigt", trägt er mir auf. Ob er denn auch englische Fachliteratur für sein Studium habe, frage ich. Ein paar Bände habe er schon.

Überhaupt sei er viel beschäftigt. Paul sieht weniger fern als die anderen Strafgefangenen; er hat viel Post zu erledigen. „Sag den alten Bekannten aus Köln Bescheid, daß sie einmal etwas von sich hören lassen", bittet er. Vor einiger Zeit hatte ihn einer in England besucht. Plötzlich steht der Beamte neben uns, der die ganze Zeit Worte, die nicht für ihn bestimmt sind, mit anhört und uns dabei unverblümt ins Gesicht starrt, auf: „Feierabend!"

Kurzes Schulterklopfen und Händedrücken, „Grüß die Freunde draußen", „Halt die Ohren steif", und schon steh ich wieder in der Wachstube, erhalte meine Kamera zurück. Mit einigen unhöflich gebrummten Allerweltsfloskeln werde ich zum Tor begleitet; unwillkürlich komme ich mir in diesem Augenblick selber wie ein Sträfling vor.

Dann steh ich wieder draußen, wie in einer anderen Welt, auf der Limperstraße 32 und staune über das alte ehrwürdige Gebäude, das innen so anders ist. Paul sitzt drinnen, denkt womöglich an seine Prüfung, die ihn die westdeutsche Justiz nicht machen lassen will, weil er Antifaschist ist.

Gut, daß es die Rote Hilfe gibt, denke ich; aber auch Du, lieber Leser mußt helfen, z.B. indem Du Paul Pittam schreibst oder indem Du ihn anrufst, vielleicht mit Grüßen von Deiner Gewerkschaftsgruppe oder von Deinem Sportverein oder indem Du auf das Konto der Roten Hilfe unter dem Stichwort „Pittam" für die Rechtsanwaltskosten spendest. Denke immer daran, auch Du kannst in Pauls Lage geraten. Einer für alle, alle für einen.

Pauls Adresse: Justizvollzugsanstalt, Limperstr. 32, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/29006.

Das Konto der RHD: PSchA Dortmund, 191100 – 462 (Rote Hilfe Deutschlands, Postfach 215, 46 Dortmund 1)

Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Volkkorrespondenz aus Kassel

Am Samstag, den 2.8., war verkaufsoffener Samstag, den viele Berufstätige aus Kassel und Umgebung zum Einkaufen nutzten. Gleichzeitig zog auch das Zissel-Fest viele Besucher an.

Wir haben diesen Tag genutzt, um in einem konzentrierten Schlag möglichst viele Unterschriften für den Direktkandidaten der VOLKSFRONT und die Landesliste Hessen zu sammeln.

Wir bauten einen Info-Tisch auf, auf dem sich viele Bürger über Wahlprogramm und Satzung informierten, wo es Faltblätter mit der Vorstellung des Direktkandidaten und der Kandidaten der Landesliste gab, wo die Strauß-Broschüre verkauft wurde und Stoppt-Strauß-Aufkleber und -knöpfe weggingen. Vor allem die Aufkleber und Knöpfe waren bald knapp geworden.

Wir konnten an diesem Tag 50 Unterschriften sammeln, davon 30 für die Landesliste und 20 für den Direktkandidaten.

Das war ein schöner Erfolg, der uns unserem Ziel der Wahlzulassung näher gebracht hat. Wir haben in vielen Diskussionen auch feststellen können, daß die Politik der VOLKSFRONT auf immer mehr Interesse stößt. Einige Interessenten wollten zu Veranstaltungen eingeladen werden, zwei von ihnen kamen zu der gestrigen Mitgliederversammlung.

Auch während der Woche wiederholten wir noch einmal die Aktion, weil es so gut klappte, und konnten an einem Info-Stand von 11 Uhr vormittags bis 18 Uhr abends 46 Unterschriften sammeln.

Vielfältige Volksfrontaktivitäten

Volkskorrespondenz aus Nürnberg

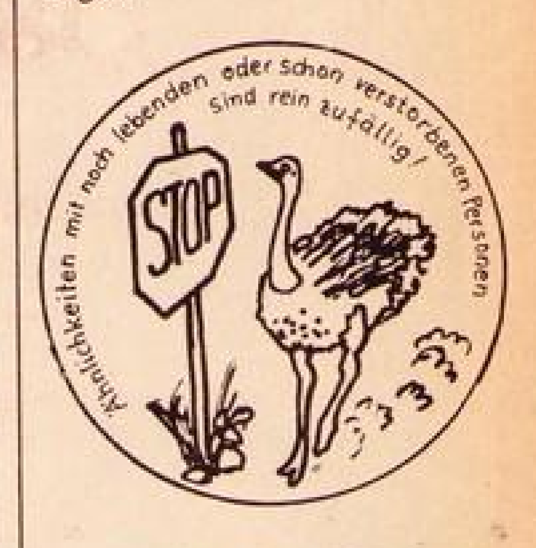
Liebe Genossen!

Ich habe gerade die Berichte im „Roten Morgen" zu den VOLKSFRONT-Aktivitäten gelesen und wollte ein wenig berichten, was in Nürnberg bisher alles gelaufen ist.

Wir haben in den zwei Nürnberger Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt. Die Direktkandidatin für Nürnberg-Süd, Monika Möser, 28 Jahre, verheiratet, techn. Zeichnerin, IGM-Vertrauensfrau ist schon durch genügend Unterschriften abgesichert, und unser zweiter Kandidat, Karl-Heinz Hoffmann, 32, technischer Zeichner, Kreisvorstand der VOLKSFRONT Nürnberg, wird an diesem Wochenende abgeschlossen, somit stehen die beiden VOLKSFRONT-Kandidaten!

Da wir zahlenmäßig nur wenig Kräfte haben und auch ohne auswärtige Unterstützung gearbeitet haben, sind wir schon stolz auf unser Ergebnis. Für die Landesliste müssen wir jetzt zwar noch kräftig weitersammeln (Stand am 7.8.: 450 in Nürnberg), aber die Erfahrungen bisher waren ja sehr gut. Was sich sehr bewährt hat, daß wir nicht einfach nur ein großes VOLKSFRONT-Transparent für unserer Informationsstände verwendet haben, sondern gleich groß dazugeschrieben haben: Stoppt Strauß! und dazu große Stellschilder mit der gleichen Parole und den Bildern der Direktkandidaten. Es ist uns öfter passiert, daß Leute aufgrund dieses „Stoppt-Strauß"-Transparentes und der Stellschilder stehengeblieben sind, sich das durchgelesen haben und von selbst gekommen sind und gesagt haben: „Wenn's gegen den geht, unterschreib ich."

In Bayern hat es ja schon mehrere Fälle gegeben, wo das Tragen von Stoppt-Strauß-Plaketten verboten wurde, unter anderem an mehreren Nürnberger Schulen. Ein Nürnberger Schüler, Mitglied der VOLKSFRONT, hat daraufhin eine Alternativ-Plakette entworfen — die Plakette wurde ja auch schon im Fernsehen gezeigt. Die VOLKSFRONT hat diese Plakette gedruckt und sie ist inzwischen an mehreren Nürnberger Schulen der große Renner geworden. Es gibt auch von einer Schule schon einen Elternbeirats-Beschluß, in dem auch das Tragen dieser Plakette verboten werden soll — dies wurde aber nicht in die Tat umgesetzt. — Und wenn, dann haben wir noch ganz andere Ideen auf Lager.

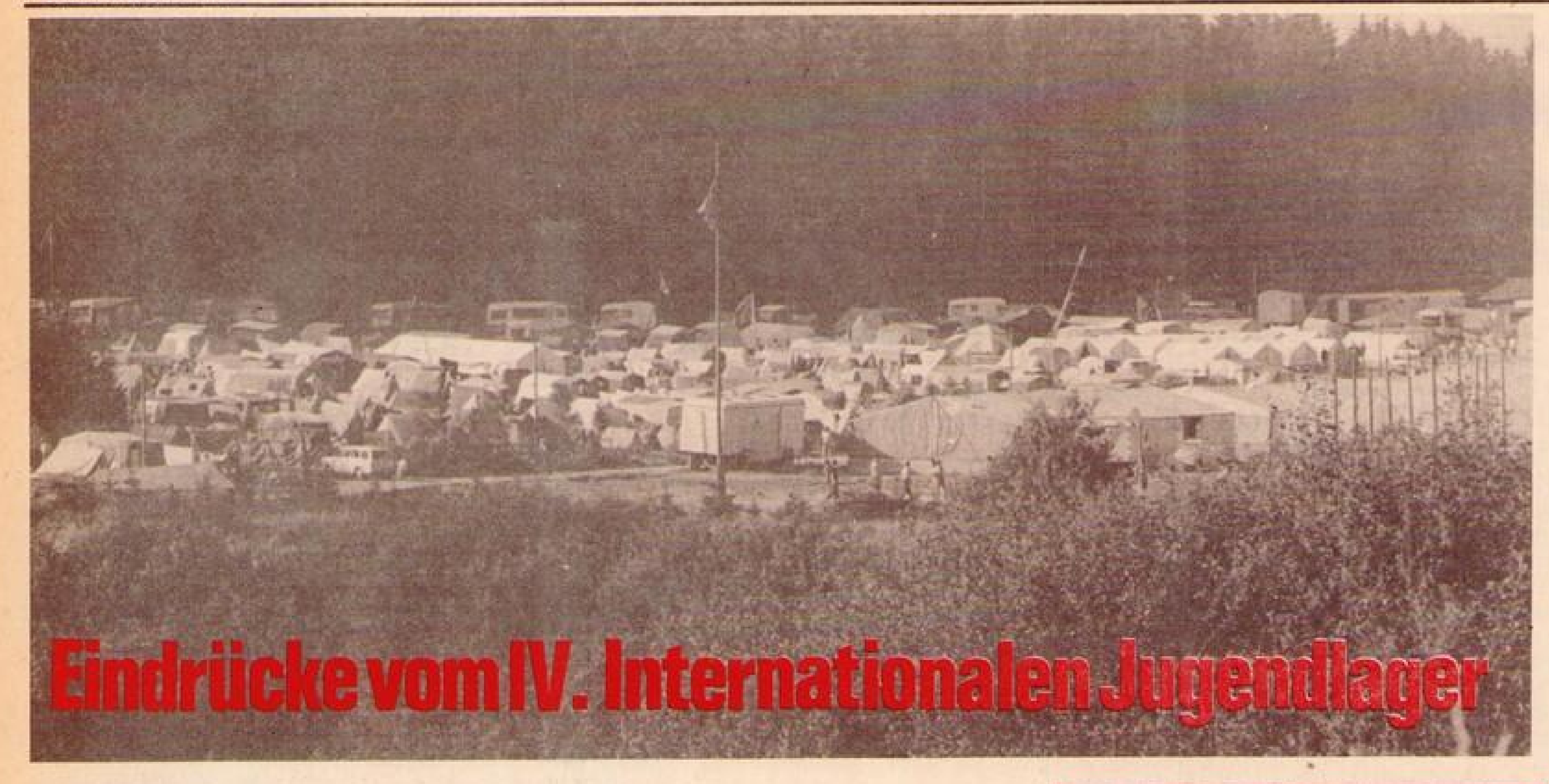


Anläßlich der Nürnberger Südstadtwoche — haben [illegible] eine Ausstellung „Wie sicher sind wir im Ernstfall?" erstellt. Diese Ausstellung zeigt, wie auf der einen Seite im Großraum Nürnberg Rüstungsproduktion, militärische Anlagen, Munitionsbunker ausgebaut werden und wie auf der anderen Seite der Schutz für die Zivilbevölkerung (Schutzbunker) immer kleiner geschrieben wird (für 2,4 Prozent der Nürnberger Bevölkerung Bunkerplätze für kurze Zeit, 14tägige Unterkunft gar nur für 1,6 Prozent). Die Ausstellung wurde in dieser Woche von ca. 100 Leuten besucht, und es hat sich auch jemand gemeldet, der die Ausstellung an einem anderen Ort zeigen will.

Veranstaltungen der KPD

Frankfurt: 30.8. Antikriegstagsveranstaltung. Um 19 Uhr 30, Käthe-Kollwitz-Haus, Rödelheim-Industriehof, Lötzenstr. 31

Frankfurt/Bornheim: am 17.8. Gedenkfeier zum 36. Todestag von Ernst Thälmann. Um 19 Uhr im Bürgertreff.



Eindrücke vom IV. Internationalen Jugendlager



Der 27. Juli war im Lager der Tag des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus. Die Veranstaltung am Abend bot ein Kulturprogramm mit der Stoßrichtung „Stoppt Strauß!". Den politischen Höhepunkt bildete die Rede des Vorsitzenden der VOLKSFRONT, Eike Hemmer.

Mit einer bewegenden Abschlußveranstaltung ging am Abend des 2. August das IV. Internationale Jugendlager in Thiergarten/Hunsrück zu Ende. 14 Tage lang hatten sich Jugendliche aus mehr als 25 Ländern zu einer großartigen Demonstration der internationalen Solidarität getroffen. Den Behörden war es trotz aller Bemühungen nicht gelungen, das Lager zu verhindern oder zu zerschlagen.

Unsere Fotographen waren die ganze Zeit mit der Kamera dabei. Sie hielten die Stimmung, die Atmosphäre, die Ereignisse und die Eigenarten des Lagers im Bild fest.



Am Dienstag, den 22. Juli, wurde die albanische Delegation im Lager erwartet. Die Wartezeit verkürzten sich die revolutionären Jugendlichen auf ihre Weise. Hier führt eine Tanzgruppe aus der Türkei Tänze ihrer Heimat vor.



Sport wurde großgeschrieben auf dem IV. Internationalen Jugendlager. Die Wettkämpfe waren wahrhaft international. Hier ein Bild aus dem Spiel FEANF — Spanien (2:4).



Das Wetter machte den Lagerteilnehmern ziemlich zu schaffen — aber unterkriegen ließen sie sich nicht. Gegen den Schlamm halfen nur Gummistiefel — so gab es auf dem Lager eben einen Stiefelverkauf.

Albanische Delegation in Hamburg

Vom 5. bis 8. August hielt sich die 15köpfige Delegation, die das sozialistische Albanien zu dem IV. Internationalen Jugendlager in Thiergarten/Hunsrück entsandt hatte, in Hamburg auf. Hamburg war eine Station auf der Reise durch Westdeutschland, die die albanischen Genossen nach dem Abschluß des Lagers unternahmen.

Bei ihrer späten Ankunft am Dienstagabend wurden die albanischen Genossen von Vertretern der Hamburger Parteiorganisation, der Roten Garde, der RGO, der Deutsch-Albanischen-Freundschaftsgesellschaft, der RHD und anderer revolutionärer Massenorganisationen begrüßt. Sie wurden in verschiedenen Familien von Hamburger Genossen untergebracht. Herzlich aufgenommen, fühlten sie sich wohl während ihres Aufenthaltes.

Am Mittwoch war das Programm vornehmlich auf Ruhe und Erholung zugeschnitten: Besuch im Tierpark Hagenbeck, Picknick, Fahrt nach Blankenese. Abends fand eine Veranstaltung mit der albanischen Delegation statt, zu der rund 200 Besucher kamen, darunter auch einige Kosovo-Albaner. Obwohl wegen der kurzfristigen Vorbereitung nur wenig Werbung für die Veranstaltung hatte betrieben werden können, war der Saal brechend voll. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war zweifellos der Vortrag ihrer Lieder durch die albanischen Genossen. — Über die Veranstaltung und den Besuch der albanischen Delegation berichtete (wenn auch verzerrt) der Norddeutsche Rundfunk; albanische Lieder, die auf der Veranstaltung dargebracht worden waren, waren nochmals über NDR II zu hören.

Am Donnerstag standen Besichtigungen und Stadtbummel auf dem Programm; die Genossen konnten so neue Eindrücke von unserem Land gewinnen, ihr Bild von der kapitalistischen Bundesrepublik vervollständigen. Auf einer Hafenrundfahrt erläuterten ihnen deutsche Genossen das, was sie sahen; zeigten ihnen die Betriebe, in denen die Partei arbeitet. Die Albaner erfuhren einiges über die Arbeitsbedingungen im Hafen, über Unfallzahlen etc. — Nach einem Besuch auf dem Fischmarkt fuhren die Albaner zu der Schule am Bullenhuser Damm, wo die Nazis noch kurz vor Kriegsende 20 Kinder ermordet hatten. Sie besuchten das ehemalige KZ Neuengamme und legten an der Gedenkstätte Blumen nieder.

Am Abend stattete die albanische Delegation der Thälmann-Gedenkstätte noch einen Besuch ab. Die DKP-Leute, die die Gedenkstätte betreuten, reagierten auf den Besuch der Albaner unfreundlich bis sauer. Weder erlaubten sie das Filmen in der Gedenkstätte, noch zeigte sich einer bereit zu einer Führung. Doch dessen ungeachtet war der Besuch für die albanischen Gäste ein interessantes Erlebnis.

Am Freitagmorgen wurden die albanischen Freunde verabschiedet. Ihr Besuch war für sie selbst wir für ihre Hamburger Gastgeber ein eindrucksvolles Ereignis gewesen.



Die albanischen Genossen bei ihrer Rundfahrt durch den Hamburger Hafen.

Nach dem Verbrechen von Bologna

Millionen demonstrierten gegen den Faschismus

Die faschistische „Strategie der Spannungen“ wird von der NATO gestützt

BOLOGNA. — Montag letzter Woche stand Bologna still. Generalstreik, Massenkundgebungen hier wie in ganz Italien. Millionen von italienischen Werktätigen demonstrierten gegen die Faschisten, gegen den Mordterror der schwarzen Banden. Das größte Verbrechen der italienischen Nachkriegsgeschichte rief auch die größten Gegenaktionen hervor. Tatsache ist, und das wird in der bürgerlichen Presse, die gezwungen ist einzugestehen, daß es sich um ein faschistisches Verbrechen handelt, verschwiegen, daß dieser neue Anschlag weder überraschend noch zufällig kam. Dieses abscheuliche Verbrechen ist Teil der bereits seit langem bekannten und staatlich geförderten faschistischen „Strategie der Spannungen“.

Die Strategie der Spannungen wurde in der zweiten Hälfte der 60er Jahre von der faschistischen MSI-Partei entwickelt. Offen vertreten wird sie seit 1969, dem Jahr in dem Giorgio Almirante, früher Unterstaatssekretär von Mussolini, Vorsitzender der MSI wurde. Diese Strategie ist sehr einfach: es soll ein allgemeines Klima geschaffen werden, in dem die MSI-Parolen von der „neuen Ordnung“ einen Boden finden, in dem sich Almirante selbst als Retter der italienischen Nation darstellen kann. Dazu ist es nötig, Unsicherheit zu schüren, Unruhe zu stiften, Verbrechen zu begehen — eben, Spannungen zu schaffen.

Da die MSI, entgegen der italienischen Verfassung, die jede faschistische Partei verbietet, eine legale Partei ist, mußte sie sich, um diesen Status nicht zu verlieren, eine geheime Terrororganisation aufbauen, die die erwünschten Spannungen produziert. „Ordine nera“, die schwarze Ordnung, eine offen faschistische Terrororganisation, entstand.

Aber, wie bereits die Gründung der MSI war auch die Organisierung der „Ordine nera“ keine isolierte Aktion einiger ewiggestriger oder einer relativ kleinen Gruppe faschistischer Fanatiker aus den Reihen des Großkapitals, sondern es waren maßgebliche Vertreter des italienischen Staates beteiligt.

Das beweisen eine ganze Reihe von Zahlen und Tatsachen. So betonte Ministerpräsident Cossiga zwar, es habe seit 1976 2 236 Prozesse und Festnahmen gegen faschistische Terroristen gegeben, verschwieg aber das wesentliche: nur 78 von ihnen wurden verurteilt, 154 warten noch auf ihren Prozeß, die anderen 2002 gingen frei aus.

Unter den Angeklagten im Zusammenhang mit faschistischen Terrorbanden befanden sich rund 30 Agenten des italienischen Geheimdienstes SID, von denen drei verurteilt wurden.

Zweimal, im Jahre 1974 und 1977, stand auch der langjährige Chef des italienischen Geheimdienstes, General Micelli vor Gericht, der 1974 zum Rücktritt gezwungen wurde. Micelli, der nie ein Hehl aus seiner faschistischen Überzeugung machte und MSI-Mitglied ist, wurde zwar jeweils freigesprochen. Aber unumstößlich sind die Ergebnisse der Prozesse und die Aussagen des SID-Agenten Gianetti, die beweisen, daß der SID bei der Organisierung von „Spannungen“ aktiv mitgearbeitet hat.

- Dezember 1969: In der Mailänder Niederlassung der Banca Nazionale della Agricultura explodiert eine Bombe. 16 Tote und über 100 Verletzte sind das Ergebnis. Ein Attentat der Anarchisten! So wird es von der Polizei bereits eine Stunde danach festgestellt. Informiert wurde sie vom SID. Nachher wird noch jahrelang ein Verwirrspiel getrieben, von einer roten und einer schwarzen Spur geschwafelt. Bei der sogenannten Fahndung kommt es zu dem — auch in der Bundesrepublik bekannt gewordenen — Vorfall des Fenstersturzes des Anarchisten Pinelli — kein freiwilliger Sprung wie nachher bekannt wird. Aber erst acht Jahre später, im Terroristenprozeß von 1977 bezeugen SID-Agenten, vor allem Gianetti, daß der SID von Beginn an wußte, daß Mitglieder der „Ordine nera“ die Täter waren.
- Ebenso war der SID von dem Bombenanschlag der Faschisten auf eine antifaschistische Massendemonstration in Brescia 1974 vorher informiert, der acht Menschenleben forderte.
- Und die Mörder, die vor genau sechs Jahren im Italicus-Express eine Bombe legten und zwölf Menschen ermordeten, deren Prozeß jetzt begann (und als einer der Anlässe des neuesten Verbrechen gilt), konnten, von Geheimdienstagenten gewarnt fliehen, zunächst in die Bundesrepublik.

Die Liste der Verbrechen der faschistischen Terrorbanden ist lang, seien sie nun von der „Ordine nera“ selbst oder ihren Ablegern wie den „Nuclei armati revolucionari“ (NAR) begangen worden. Und an allen diesen Verbrechen waren Agenten des Geheimdienstes beteiligt oder darüber informiert — nicht irgendwelche Einzelgänger, sondern Offiziere und der General Micelli selbst.

Micelli, zu dessen Freundeskreis auch der berüchtigte Faschist Conte Borghese gehört, der gemeinsam mit verschiedenen Generälen der italienischen Armee geheime Putschpläne schmiedete (die bei der NATO bekannt waren) ist ein Mann, der dem italienischen Großkapital so wichtig ist, daß er trotz aller Affären, trotz seiner offiziellen Verurteilung als Faschist (selbst in der bürgerlichen Presse) gehalten wird, daß er wichtige Funktionen behält.

Ein Teil des italienischen Großkapitals sucht seinen Schutz vor der verhältnismäßig starken italienischen Arbeiterbewegung abermals im Faschismus. Das sind dabei gerade jene Kreise, die vor allem eine Beteiligung der revisionistischen KPI an der Regierung verhindern wollen, genau wissend, daß die italienischen Werktätigen an eine solche Regierung massive Forderungen stellen würden. Vor den Berlinguer und Kumpanen hat man heute keine Furcht mehr in Italiens Chefetagen — man weiß, daß sie sich mit Haut und Haaren dem Kapital verschrieben haben, daß sie jeden neuen verlangten Kniefall machen werden. Aber die Basis und die Anhänger der KPI, die Werktätigen also, sie beobachtet man mit Mißtrauen. Deshalb wird also diese Strategie unterstützt, will man die Gewaltherrschaft offen errichten.

Kein Zufall ist es, daß diese Kreise mit jenen identisch sind, die am engsten mit den US-Dollars, der Deutschen Mark und dem französischen Franc verbunden sind. Borghese, Micelli und die faschistischen Generale unterhalten ebenso wie Almirante engste Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA, die Micelli in seiner Eigenschaft als SID-General organisiert hatte. Italienische Zeitungen enthüllten bereits vor langer Zeit, daß die Waffen der italienischen schwarzen Terrorbanden unter anderem von der Münchner Merex AG des ehemaligen SS-Schergen Sikorsky geliefert werden. Führende italienische Faschisten prahlen mit ihren guten Beziehungen in die Bundesrepublik. Die Auffangorganisation der MSI, die „Democrazia Nationale“ konnte so als Gastredner auf ihrem Gründungskongreß, bei dem sie voll die MSI-Politik unterstützte, den damaligen CSU-Auslandsreferenten Huber begrüßen.

Mindestens drei Fälle wurden in Italien bekannt, bei denen ranghohe MSI-Faschisten zusammen mit italienischen Offizieren Truppenbesuche bei der Bundeswehr machten.

Weiter wurden auch zwei Behauptungen, die in der italienischen Presse oft getroffen wurden und mit Fakten belegt wurden, niemals wirklich widerlegt. Daß „Ordine“-Terroristen nicht nur mit der Mafia zusammenarbeiten, sondern daß sie auch von Bundeswehroffizieren auf Sardinien getrimmt wurden — zahlreiche Zeitungen schrieben wiederholt darüber. Und daß die USA nicht nur an Micelli 800 000 Dollar bezahlten, sondern auch bei Borgheses Putschplänen mitkonspiriert hätten.

Der Grund für diese besonderen Aktivitäten der NATO in Italien liegt in der strategischen Lage des italienischen Stiefels und in der Einschätzung, daß Italien von den großen europäischen NATO-Industrieländern das schwächste Glied der Kette sei.

Deshalb werden solche faschistischen Verbrechen wie jetzt in Bologna nicht zufällig gerade jetzt begangen, wo sich eine schwere, alle Bereiche der Gesellschaft erfassende Krise in Italien vertieft, wo die Regierung zunehmend ihre Handlungsfähigkeit verliert.

Das ist auch der Grund für die antifaschistischen Massendemonstrationen der italienischen Werktätigen. Diese sehen sehr genau wozu der faschistische Terror dient und erleben zunehmend wie auch der Terrorismus der sogenannten „Roten Brigaden“ immer besser in das Bild, in die Strategie der Reaktion paßt. In dieser Situation tun die eurokommunistischen Verräter an der Arbeiterklasse alles, um die Empörung und die Wut der arbeitenden Menschen zu kanalisieren, in eine falsche Richtung zu lenken. Anstatt zu breitesten Massenaktionen gegen den Faschismus aufzurufen, ein wirtschaftliches und politisches Sofortprogramm zu erkämpfen, geben Berlinguer und seine KPI jetzt die Parole aus, es gehe um eine funktionsfähige Regierung.

Helmut Weiss

Meldungen

DDR: Handelsmission in Chile

BERLIN/SANTIAGO. — Die DDR-Diplomaten, die bisher den stets wachsenden Handel zwischen der DDR und Chile aus der rumänischen Botschaft in Santiago heraus organisierten, haben jetzt eine eigene Niederlassung in Chile eröffnet.

Unter dem Deckmantel ihrer demagogischen Kritik an der faschistischen Junta Pinochets haben die scheinsozialistischen Länder Osteuropas bereits seit 1974 ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Chile intensiviert. Bereits 1975 kaufte die DDR von Pinochet 10 000 Tonnen Kupfer, das wie Molybdän zu den begehrten chilenischen Rohstoffen gehört. Obwohl offiziell immer noch die lügnerische Behauptung eines totalen Boykotts aufrechterhalten wird, ist die Eröffnung einer DDR-Handelsmission in Chile keine Überraschung, da die DDR-Ausfuhren sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt haben.

Südkorea: Der Ami-General säubert

SEOUL. — Die ersten Regierungswochen des früheren Geheimdienstchefs General Chun hinterlassen eine breite Blutspur.

Immer neue Nachrichten zeigen, wie der Mann, der die amerikanischen Stützpunkte rettete, herrscht: mit Mord und Totschlag. So wurde jetzt bekannt, daß nach dem Aufstand von Kwangju mehr als 400 Verwundete aus Krankenhäusern verschleppt wurden und verschwanden. Schritt für Schritt wird auch der Anschein einer Zivilregierung abgelegt. 1 500 Politiker erhielten Berufsverbot, 1 300 hohe Beamte werden unter dem Vorwand der Korruption durch amerikatreue Offiziere ersetzt, Militärgerichte im ganzen Land eingerichtet.

Dominikanische Republik: 300 000 Sklaven

SANTO DOMINGO. — 300 000 Leiharbeiter aus Haiti leben auf den Zuckerrohrplantagen der einheimischen Feudalen und des amerikanischen Großkapitals wie Sklaven.

Wie die Liga gegen die Sklaverei in Genf berichtete, hat jetzt der Haitianische Diktator Duvalier erneut 15 000 Arbeitskräfte für rund 1,2 Millionen Dollar nach Santo Domingo verkauft. Diese Menschen werden von der — von den USA ausgerüsteten — haitianischen Armee zwangsverpflichtet.

Brasilien: Todesschwadrone verstärken Terror

RIO DE JANEIRO. — Unter der Losung „Weg mit der kommunistischen Propaganda“ haben die Sonderkommandos der brasilianischen Polizei, die illegalen Todesschwadrone ihre Tätigkeit verstärkt.

In mehr als zehn brasilianischen Großstädten wurden Kioskbesitzer gewarnt, regierungskritische Zeitungen zu verkaufen. Zur Untermauerung ihrer Drohungen organisierten die Terroristen mehr als 50 Bombenanschläge. Verleger verschiedener liberaler Blätter gaben auf einer Pressekonferenz bekannt, daß ihre verkauften Auflagen in diesen Städten teilweise um mehr als 50 Prozent gesunken seien.

Hunger und Elend herrschen in der Welt

Lebenserwartung: wenn's gut geht 40 Jahre

USA betreiben Hungerpolitik in Afrika und Asien

BONN. — In einer vor kurzem veröffentlichten Studie des Bonner Ministeriums für Entwicklungshilfe wird deutlich, was hinter all dem Gerede von „Hilfe zur Entwicklung“ steckt, das seit Jahren mit schöner Regelmäßigkeit aufbereitet wird: gar nichts!

Wie schon im Bericht der UNO-Organisation für Ernährung FAO und in Berichten anderer internationaler Institutionen dringt auch in dieser Studie wenigstens ein Teil der Wahrheit ans Tageslicht, kann die kolonialistische Politik diesen sogenannten Entwicklungsländern gegenüber nicht mehr verschwiegen werden. All die großen Vorschläge wie Brandts Nord-Süd-Bericht verblassen angesichts der Wirklichkeit.

In den letzten zehn Jahren nahm die Zahl der Analphabeten weltweit um 70 Millionen Menschen auf 884 Millionen zu. Die Zahl der Menschen, die nach der UNO-Statistik in absoluter Armut leben wuchs im selben Zeitraum um rund 100 auf mehr als 800 Millionen Menschen. Durchschnittlich 1,3 Milliarden Menschen hungern auf der Welt, jedes Jahr sterben vier bis fünf Millionen Menschen an Hunger, doppelt so viele wie vor zehn Jahren! Rund 950 Millionen Menschen sind ohne geregelte Arbeit und ohne Einkommen. In den Entwicklungsländern stirbt jedes fünfte Kind vor dem fünften Geburtstag, die Lebenserwartung sank in mehreren Ländern, vor allem in der afrikanischen Hungerzone, auf knapp 40 Jahre. Mehr als 400 Millionen Menschen sind obdachlos, noch einmal über 150 Millionen Menschen leben in Slums der Großstädte.

Die Ursachen für die zunehmende Verarmung dieser Länder liegen auf der Hand. So stiegen die Schulden dieser Staaten an die sieben größten kapitalistischen Industrieländer und deren Organe (wie den Internationalen Währungsfonds) von knapp 90 Milliarden Mark vor zehn Jahren auf 285 Milliarden Ende 1977 und rund 330 Milliarden Ende 1979. Mindestens zehn Staaten müssen heute mehr als die Hälfte ihres Staatshaushaltes für die Schuldentilgung verwenden.

Diese Verschuldung ist das Ergebnis einer diktatorischen Preispolitik der imperialistischen Staaten. Der Bericht nennt als ein Beispiel Jamaica. Dieses zuckerreiche Land mußte 1977 rund 20 Tonnen Zucker für einen Traktor bezahlen — drei Jahre später waren es bereits 80 Tonnen, also das vierfache.

So entsteht die Staatsverschuldung, so werden aber auch in diesen Ländern Wirtschaftskrisen erzeugt, wenn sich die Produktion nicht mehr lohnt, weil die imperialistischen Staaten die Preise brechen. Erst vor wenigen Wochen gab es Massenentlassungen in den westafrikanischen Kakao-Plantagen die mehr als 40 000 Arbeiter betrafen.

Diese Entwicklung beweist nicht nur den menschenfeindlichen, kolonialen und ausbeuterischen Charakter des heutigen Imperialismus, sie widerlegt auch eindringlich jene falschen Propheten wie die russischen Revisionisten mit ihrem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, der in der Praxis zu neuer kolonialer Abhängigkeit führt, oder auch die Thesen der Maoisten von den Kartellen der Rohstofferzeuger, die angeblich eine immer wirksamere Waffe wären. Die Entwicklungsländer, das zeigen die Tatsachen, marschieren nicht voran, wie es die bürgerliche und revisionistische Propaganda glauben machen wollen, höchstens eine kleine bürgerliche Schicht tut dies, aber die Massen, die arbeitenden Menschen verelenden immer mehr.

Und mit dem Hunger dieser Massen machen die Imperialisten ihre Politik, vor allem der USA-Imperialismus, größter Getreideerzeuger und -exporteur der Welt. Mußten die Entwicklungsländer vor zehn Jahren 40 Millionen Tonnen Getreide einführen, so waren es 1977 bereits 64 Millionen Tonnen und in diesem Jahr werden es fast 80 Millionen Tonnen sein, von denen die USA rund zwei Drittel liefern.

Bereits 1974 auf der ersten FAO-Konferenz in Rom hatte der damalige US-Landwirtschaftsminister Bush offen erklärt, daß die USA natürlich Getreidelieferungen von politischem Wohlverhalten abhängig machten. Ebenfalls 1974 rühmte derselbe Minister auf der nationalen Farmerkonferenz seine Fortschritte, die darin bestanden, den Preis für US-Weizen in drei Jahren zu verdreifachen. Gerade jetzt haben die Großkapitalisten der sogenannten Chicagogruppe, die die Getreideproduktion des amerikanischen Mittelwestens zusammen mit den Großfarmern kontrollieren, durch die sogenannte Hitzewellenspekulation die Preise für Soja, Mais und Weizen innerhalb eines Monats um fast 70 Prozent in die Höhe gestrieben. Und es ist der Chicago Board of Trade, der den Weltgetreidehandel kontrolliert. Für die Menschen der Entwicklungsländer heißt dies nichts anderes als daß noch mehr von ihnen an Hunger sterben werden, weil sie den Preis für das amerikanische Brot nicht bezahlen können.



Erich Weinert spricht vor den Freiwilligen der Internationalen Brigaden.

Erich Weinert (1890 - 1953)

In der Schule hatte ich nichts von ihm gehört, nicht seinen Namen und kein einziges Gedicht. In den etablierten Buchhandlungen stand kein Buch von ihm; die westdeutschen Verlage führen ihn nicht in ihrem Sortiment. Das erstemal stieß ich auf ihn in der Wohnung von Genossen. Es war Anfang der 70er Jahre, und ich hatte angefangen, mit dem Kommunismus zu sympathisieren.

Es wurde eine Schallplatte mit Liedern von Ernst Busch gespielt. Ich hatte eine solche Musik noch nicht gehört. Sie packte mich. Ein Stück aber „ging mir durch Marck und Bein"; es ergriff mich so, daß ich eine Gänsehaut bekam. Es war jedoch schwer zu sagen, ob die Wirkung vor allem von der aufrüttelnden Musik ausging, von der eindringlichen Stimme des Sängers oder von den Versen selbst:

„Es geht durch die Welt ein Geflüster,
Arbeiter, hörst du es nicht?
Das sind die Stimmen der Kriegsminister,
Arbeiter, hörst du sie nicht?
(...)
Arbeiter, Bauern, nehmt die Gewehre,
nehmt die Gewehre zur Hand.
Zerschlagt die faschistischen Räuberheere,
setzt alle Herzen in Brand.
Pflanzt eure roten Banner der Arbeit
auf jeden Acker, auf jede Fabrik,
dann steigt aus den Trümmern der alten Gesellschaft
die sozialistische Weltrepublik."

Ich wollte das Stück wieder und wieder hören. Es ging mir nicht aus dem Sinn; noch nach Tagen klang es mir in den Ohren. Auf der Plattenhülle hatte ich beiläufig den Namen des Verfassers gelesen: Erich Weinert.

Natürlich wird man nicht durch das Hören eines Liedes Kommunist. Aber es kann ein Anstoß sein, ein wichtiges Erlebnis, das einen Keim legt, eine vorhandene Haltung verstärkt, Begeisterung weckt und Zuversicht in die Sache der Arbeiter erzeugt. So ähnlich erging es mir damals mit dem „Lied vom heimlichen Aufmarsch". Wohl lange nach dem Tod Erich Weinerts entfalteten seine Verse noch die Wirkung, die der kommunistische Sprechdichter und Agitator mit ihnen unmittelbar zu erreichen gesucht hatte: den Hörer — nicht so sehr den Kommunisten, sondern den suchenden, politisch nicht geschulten Menschen — zum Denken anzuregen und zu Entscheidungen mitzureißen.

*

Weinert verstand sich in erster Linie als Sprechdichter, als poetischer Agitator. Seine politisch-satirischen oder pathetischen Verse waren zum unmittelbaren Vortrag zunächst in Kabaretts, dann auf proletarischen Versammlungen und Veranstaltungen bestimmt; und Weinert trug sie selbst vor. Er schuf, was es in dieser Form in Deutschland noch nicht gegeben hatte: Tribünenlyrik als Bestandteil des revolutionäre Kampfes der Arbeiter, aus ihm hervorgegangen und ihn anfeuernd. In der Weimarer Zeit wurde ihm daher der Prozeß wegen „Gotteslästerung, Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zum bewaffneten Aufstand" gemacht; in Preußen erhielt er sieben Monate Redeverbot. Nachdem die Nazis, die schon seit langem Ziel seiner bissigen Verse gewesen waren, die Macht ergriffen hatten, setzte er im Exil seine Agitation gegen die faschistischen Barbaren fort. Er sprach seine Verse über den Moskauer Sender. Er beteiligte sich am spanischen Bürgerkrieg, als Kämpfer und als Dichter. Er sprach aus den Schützengräben vor Stalingrad zu den betrogenen, in die Katastrophe geführten deutschen Soldaten. Er wurde Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland", und nach seiner Rückkehr in die zerstörte Heimat half er mit bei dem damals noch hoffnungsvollen sozialistischen Neuanfang im Osten Deutschlands.

*

Weinert schrieb seine Gedichte meist aus einem aktuellen politischen Anlaß; viele sind daher mit dem Anlaß verblaßt, vergessen; viele aber begeistern uns noch immer. Sie sind heute wieder zu einem Bestandteil der Kultur der revolutionären Bewegung in diesem Land geworden, und ich lernte sie auch im Zusammenhang mit dem Klassenkampf kennen: auf Veranstaltungen werden sie vorgetragen; Arbeiter-Theater-Gruppen rezitieren sie; sie werden auf Demonstrationen gesungen; kommunistische Zeitungen drucken sie. Ich fand eine Schallplatte mit Original-Aufnahmen von Weinert-Vorträgen: Weinert singt zur Klampfe den „Gesang der Edellatscher" und die Ballade von „Gustav Kuhlkes seligem Ende". Er rezitiert das Gedicht: „Der rote Feuerwehrmann". Seine Stimme ist klar; er spricht kraftvoll, als habe er einen großen menschenerfüllten Platz vor sich; er setzt die Worte wie Trommelschläge aneinander, als trommelte er einen Aufruf, ein Vermächtnis bis in unsere Zeit.

„Mal geht es los, mal fängt es an!
Dann kommt der Krach! Da wackelt das Dach!
Hallo, der rote Feuerwehrmann!
Den ersten Schlag! Immer feste nach!
Paläste stürzen, die Straße brennt!
Es qualmt und stinkt im Parlament!
Wie stehn die Kurse? Die Börse brennt!
Letzte Notierung! Die Welt ist kaputt!
Bis zum letzten Prozent
Alles Dreck und Schutt!
Das Zuchthaus brennt, es brennt die Kaserne!
Sprengkapseln ran! Hier krachen Konzerne!
Die Menschenschinder an die Laterne!
Wir schlagen die alte Welt in Stücke!
Und wenn die letzte Zwingburg fällt,
Dann rauf auf die Trümmer und ran mit der Picke!
Dann bauen wir uns eine neue Welt!
Straße frei! Wer fängt hier an?
Platz für den roten Feuerwehrmann!"

Erich Weinert starb im Jahr 1953. Am 4. August dieses Jahres wäre er 90 Jahre alt geworden.

ju.

Erich Weinert

Zehn Jahre an der Rampe

Bald wurde ich von allen revolutionären Organisationen als Rezitator angefordert. Allerdings zuerst nur für Bunte Abende; denn damals war es noch nicht üblich, dem Dichter Raum in den Versammlungen zu gewähren, man rechnete seine rezitatorische Tätigkeit noch der mehr zirzensischen Form der Propaganda zu, die sich, wie man meinte, mit der traditionellen Würde des Referats nicht vertragen hätte.

Aber nach kurzer Zeit begann die Partei den attraktiven und später auch den propagandistischen und agitatorischen Wert solcher Rezitationen zu schätzen. Meine Vorträge wurden schließlich Bestandteil aller großen und repräsentativen Kundgebungen.

Da der Wunsch geäußert wurde, mich nicht nur eine viertel oder eine halbe Stunde im Rahmen der Kundgebungen zu hören, so entschlossen sich die Organisationen, Abende zu veranstalten, welche ich ganz allein mit meinen Vorträgen füllte. Es entstand die Form der sogenannten Weinert-Abende.

Mein Name drang schnell ins Land hinaus. Im Herbst 1925 absolvierte ich die erste Tournee eigener Abende, und zwar durch Niederschlesien. Der Erfolg war gut, obwohl ich das Gefühl hatte, daß ich, insbesondere in meinen Satiren, nicht so gut verstanden wurde wie in Berlin. Das mag einmal daran gelegen haben, daß diese Form der Propaganda außerhalb Berlins noch zu neu und fremd war, und dann daran, daß meine Sprache gegenüber der weniger entwickelten Auffassungsfähigkeit in provinziellen Gebieten noch nicht einfach und unspielerisch genug war. Aber ich lernte dabei: erstens eine Sprach sprechen, die mit der proletarischen Terminologie Wurzelverwandschaft hat (das bedeutet nicht etwa Vulgarisierung), und zweitens immer demjenigen Thema Gestalt zu geben, das jeweils im Herzen der Arbeiterschaft lebendig aktuell war. Bei dieser Gelegenheit erkannte ich auch,daß die Verteidiger der Proletkult-Dichtung, die nur in „proletarisch" übertünchtem Literaturdeutsch sich manifestierte, die Intelligenz und Fassungsfähigkeit des proletarischen Hörers unterschätzt hatten. Ich will nicht leugnen, daß vordem auch ich nicht ganz frei war von dem Vorurteil, daß die geschliffenere literarische Form dem Allgemeinbildungsniveau des Arbeiterhörers nicht angepaßt sei. Dieses Vorurteil habe ich bald aufgegeben. Was der Arbeiter nicht verstand, waren nur gewisse sprachliche Verstiegenheiten, also eben die Dinge, die der Bürger mit besonderem Genuß goutiert. Damals lernte ich — und das ist mir später besonders klargeworden — mehr von meinen proletarischen Hörern, als sie von mir lernten. Ich gewöhnte mir an, während meines Vortrags aufmerksam die Resonanz der einzelnen Partien desselben zu beobachten. Und wenn bei einer Stelle, von der ich mir eine besondere Wirkung versprochen hatte, das Echo, das sich ja nicht immer in Zwischenrufen und Applausen, sondern meist nur in jenem imponderablen, aber dem Sprecher fühlbaren Mitschwingen ausdrückt, ausblieb, so wußte ich: Du hast einen falschen Zungenschlag. Ich verbesserte. So kam es, daß manche Gedichte nach mehreren Wiederholungen eine völlige Umgestaltung erfahren hatten. Zuweilen kam es auch vor, daß ich eine Stelle, die am Abend vorher versagt hatte, einfach wegließ und die Leere mit einigen improvisierten Versen füllte. Und die Improvisation wirkte oft stärker als das sorgfältig Vorgedachte. Sie wurde das Endgültige.

So lernte ich zu den Proletariern sprechen. Das heißt: Ich lernte von ihnen. Wenn ich verbesserte, so vermied ich natürlich möglichst, die Verbesserungen auf Kosten des künstlerischen Niveaus zu machen. Manchmal ließen sich Vergröberungen nicht vermeiden, wenn dadurch ein Gedicht wesentlich verständlicher wurde. Der Vorliebe vieler Proletarier zum massiven Kraftwort habe ich, abgesehen von einigen wenigen Gedichten, zum Beispiel dem „Roten Feuerwehrmann", nie Konzessionen gemacht. Es hat die fatale Eigenschaft des Schnapses, der zwar aufpulvert, aber nichts Geistiges hinterläßt.

Zum Schreiben meiner Gedichte habe ich gewöhnlich sehr wenig Zeit gehabt. Sobald ein politisches Ereignis eingetreten war, sollte es möglichst schon am gleichen Abend in einem Vortragsgedicht seinen Niederschlag finden. Je schneller unsere Analyse der Maßnahmen des Klassenfeindes an die Versammlungen herangetragen wurde, um so mehr wurden Unklarheiten in der Meinungsbildung verhütet. Was die Verständlichmachung unserer Meinung betrifft, so schien mir das Gedicht, besonders das satirisch-analysierende, einen gewissen Vorrang vor dem Referat zu besitzen. Das Gedicht ermöglicht es, die Stimmung des Tages in eine kürzere Formel zu fassen, das Thema in übersichtlicher Gedrängtheit und die politische Quintessenz unmißdeutbar darzustellen. Dieser Vorteil fiel besonders gegenüber solchen Hörern ins Gewicht, die eine geringe politische Schulung hatten. Ich habe die Hörer immer beobachtet, und es ist mir aufgefallen, wie schwer es ihnen oft fiel, die geistigen Elemente eines Referats zu verbinden, besonders, wenn es in abstrakter Thesensprache gehalten wurde, und wie hingegen das Gedicht weit unmittelbarer wirkte, da es ja die scheinbar zusammenhanglose Vielfalt der Tagesereignisse im kleinsten Raum, wie in einem Brennpunkt, zu sammeln vermochte.

Beim Vortrag hütete ich mich, in den Fehler zu verfallen, der die Produktion der meisten rezitierten Schauspieler so unerträglich macht, nämlich wie Gottvater aus den Wolken zu deklamieren, denen da unten etwas „zu bringen",wie die Deklamierhandwerker gern sagten, über die Versammlung hinwegzusprechen, das Gedicht gewissermaßen auf Händen, wie der Priester die Hostie, tragend. Ich versuchte so einfach und so intensiv wie möglich zu sprechen, die Versammlung anzusprechen. Und so sprach ich schnell an. Ich konnte an einem mir fremden Ort, vor einem Publikum, dessen Verständnisgrad ich nicht kannte und dessen mißtrauische Eisigkeit im Anfang ein kaltes Verhalten befürchten ließ, oft mit drei Worten einen Kontakt herstellen, der schnell die Hörer wie mich erwärmte. Die Schaffung der Spannung ging reziprok vor sich. In dem Augenblick, wo es mir gelang, die Hörer anzuwärmen, spürte ich auch sofort den Reflex dieser Wärme, der meine eigene Spannung erhöhte, was wiederum den Hörern spürbar wurde und sich bei ihnen in um so lebhafteres Mitschwingen umsetzte. Es war selten, daß ich am Schluß nicht einen begeisterungserfüllten Saal verließ.

Die Nachfrage nach meinen Vorträgen wurde immer größer. Ich war oft wochenlang auf Reisen und fuhr kreuz und quer, von einem zum anderen Ende des deutschen Sprachgebiets. Das war zuweilen ermüdend; es geschah zum Beispiel, daß ich an einem Abend in Danzig sprach, nach Schluß rasch in den Nachtschnellzug steigen mußte, um, ohne geschlafen zu haben, am nächsten Abend rechtzeitig im Rheinland einzutreffen, und daß ich wieder anschließend mit dem Nachtzug abreisen mußte, um am nächsten Abend einen Vortrag in Oberschlesien zu halten. So habe ich in den letzten zehn Jahren weit über zweitausendmal an der Rampe gestanden; das Gebiet meines Wirkens erstreckte sich von Bremen bis Klagenfurt, von Gleiwitz bis Düsseldorf, von Luzern bis Danzig. Es gab viel Strapazen; aber sie wurden kompensiert durch das Glücksgefühl, das mich beseelte bei dem Gedanken, überall etwas von einer belebenden Kraft zurückgelassen zu haben, die die Schwankenden aktiviert.

Erich Weinert

Genauso hat es damals angefangen!

1946

Kaum war das Tausendjährige Reich kaputt,
Da krochen sie behend, die Hakenrune
Rasch aus dem Knopfloch polkend, aus dem Schutt
Und machten, etwas vorschnell, auf Kommune.

Mit vollen Hosen standen sie parat,
Mit jeder Sorte Plebs sich zu verbrüdern,
Und drängelten sich vor, dem neuen Staat
Sich anzubieten oder anzubiedern.

Auf einmal gab's in Deutschland nichts als Opfer,
Bereit zum Eintritt in die Heilsarmee,
Und schon erschienen auch die Schulterklopfer
Und tremolierten ihr absolvo te! (1)

Wer konnte wohl auf soviel Nachsicht hoffen!
Sie stiegen wieder ins Geschäft mit ein,
Denn alle Hintertüren standen offen,
Und jeder hatte den Entlausungsschein.

Sieg Heil! Der erste Schock ist überwunden.
Die Amnestie begießt man auf Banketts.
Und man entschädigt sich für Schrecksekunden
Und sucht und findet Löcher im Gesetz.

Schon gehn die meisten wieder durch die Maschen.
Wie lange noch? Dann steht der Schießverein.
Denn statt das Land von Nazis rein zu waschen,
Wäscht man die ganzen Nazis wieder rein.

Das darf sich heut schon wieder frech vermessen
Und sein Bedauern fassen ins Gebet,
Daß viel zu wenig im KZ gesessen
Und daß es nicht noch mal nach Moskau geht.

Das darf heut immer noch Soldaten spielen,
Wohin kein unberufnes Auge guckt,
Und lernt auf unbequeme Köpfe zielen,
Bereit zum Einsatz, wenn die Straße muckt.

Das läßt schon wieder Meuchelmörder frei,
Nach denen sie jahrzehntelang gefahndet,
Als ob inzwischen nichts geschehen sei.
Doch Fahnenflucht wird immer noch geahndet.

Das macht, im Schatten der Vergeßlichkeit,
In seiner Klaue noch den Stil von gestern,
Schon wieder sich in Leitartikeln breit,
Und darf, was heut sich redlich müht, verlästern.

Das darf sich wieder vor Kathedern flegeln
Und wird nicht gleich mit Prügeln relegiert.
Das spielt sich wieder auf nach Standesregeln,
Statt Schutt zu karren, wie es ihm gebührt.

Ja, haben dafür unsere kühnsten Herzen
Gekämpft, gelitten und ihr Blut verströmt,
Daß, die wir einst geschworen, auszumerzen,
Heut nicht einmal mehr öffentlich verfemt?

Genauso hat es damals angefangen!
Und wo es aufgehört, ist euch bekannt.
Verschlaft ihr noch einmal, die zu belangen,
Dann reicht bestimmt kein Volk uns mehr die Hand.

1 (lat.) Ich befreie dich; bei der Beichte verwendete Formel für das Freisprechen von Sünden.

Nationlale Schwimmeisterschaften der USA

Ins Wasser gefallen...

Propagandashow mißriet zur Schlappe

Daß die nordamerikanischen Schwimmer gut sind, weiß jeder, der sich etwas für Sport interessiert. Ein Blick auf die Medaillenränge der verschiedenen Olympiaden reicht aus, um diese Tatsache auch für den uninformierten Leser deutlich zu machen.

Daß die amerikanischen Schwimmer bei der Olympiade 1980 nicht dabei waren, darf inzwischen ebenfalls als bekannt vorausgesetzt werden. Darüber hatten zwar nicht die Sportler selbst, sondern die etwas weniger athletischen Herren von der Wall Street und ihr Washingtoner James entschieden, aber seis drum — jetzt sollten sie den Schwimmkrieg gegen die Russen gewinnen.

Die nationalen Schwimmmeisterschaften der USA in Irvine, wenige Tage nach den olympischen Schwimmwettbewerben, sollten der Welt beweisen, daß ohne die USA eine Olympiade nichts wert ist. Alles war sehr sorgfältig geplant, sogar die Schautafel (elektronisch natürlich), auf der jeder Wettbewerb mit Moskau verglichen werden sollte; das Feuerwerk im Sternenbanner-Look, das bei jedem Weltrekord gezündet werden sollte, und so weiter und so fort.

Aber: die Schautafel wurde selten betätigt, das Feuerwerk fiel flach. Die ganze Show fiel sozusagen ins Wasser. Denn: Die erwarteten, für die Propaganda benötigten Weltrekorde, sie kamen nicht, und die Mo3kauer Ergebnisse waren insgesamt besser. War Moskau eine derjenigen Olympiaden, bei der sehr viele Weltrekorde aufgestellt wurden, so waren dagegen die diesjährigen Schwimmeisterschaften der USA eine der rekordärmsten Veranstaltungen dieser Art seit langem.

Den Sportlern fehlte die Motivation, das lag klar auf der Hand. Wo in Moskua plötzlich Athleten, die bisher weitgehend unbekannt waren, zu Höchstleistungen angespornt waren, da war in den USA die Luft raus. Die Schwimmer wollten einfach nicht statt einer olympischen Medaille einen Händedruck von Ronald Reagan. Und sie gingen sogar noch weiter. Als die reaktionäre US-Presse begann, die Sportler zu beschimpfen, da weigerten sich Schwimmstaffeln überhaupt anzutreten, traten in den Schwimmstreik — ein Höhepunkt ganz anderer Art, als es sich die Propagandisten aus Washington ausgemalt hatten.

Wie bereits in anderen Sportarten deutlich wurde, so zeigte sich jetzt vor allem und am deutlichsten bei diesen Schwimmeisterschaften, daß Carters Boykott dem Sport schadet und daß die Sportler selbst dagegen sind.

So gehörte denn auch zu den eindrucksvollsten Fernsehbildern der US-Schwimmeisterschaften das lange Gesicht jenes Mannes, der die Weltpolitik mit der Schlußschießerei seiner Filme verwechselt: Reagan, der diese Show auch für sich ausnutzen wollte, sah sich nun plötzlich als peinliche Figur in diesem ganzen Schlamassel. Auch sein Public-Relations-Plan fiel ins Wasser...

Intelligenzquotient der US-Armee

Schwachsinn unterm Sternenbanner

WASHINGTON.— Die stärkste Armee der Welt, die US-Armee, ist eine Armee von Deppen. Und die Dummheit nimmt so überhand, daß der Vermittlungsausschuß des US-Kongresses jetzt eine Grenze für die Aufnahme von Rekruten mit niedrigem Intelligenzgrad in die Freiwilligenarmee festgelegt hat.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums liegt der Anteil der Dienenden mit niedrigem Intelligenzgrad bei 30 Prozent. Nach Angaben des Ausschusses genügten im vorigen Jahr 46 von hundert Rekruten nur niedrigen geistigen Anforderungen. Ein Ausschußmitglied meinte: „Die Regierungslobby setzt uns zwar hart zu, aber wir können nicht weiter junge Leute einstellen, die nicht lesen oder schreiben oder ihren Dienst richtig erfüllen können."

Das Verteidigungsministerium erklärte dagegen: „Millionen wenig gebildeter Angehöriger der Armee, der Marine, des Marinecorps und der Luftwaffe haben ihrem Land in der Vergangenheit sowohl im Krieg als auch im Frieden gut gedient, und sie tun es auch heute noch."

Richtig! Als Killer, Folterer und als Kanonenfutter sind sie gerade gut genug.

Behinderung von Wallfahrern

US-Militärdespoten

BAD BRÜCKENAU.— Um die auf dem US-Truppenübungsplatz gelegene Wallfahrtskirche Maria-Ehrenberg ist es zu einem neuen Eklat gekommen. Der amerikanische Kommandant des Truppenübungsplatzes entschied, im August die tradtitionelle Wallfahrten zu der bayerischen Wallfahrtsstätte drastisch einzuschränken. Bereits im August 1978 war es zu Zwischenfällen gekommen, als US-Militärpolizei die Pilger von Maria Ehrenberg vertrieb: Der Kommandant hatte damals zur Zeit des Abschlußgottesdienstes ein „Übungsschießen" angesetzt.

Trotz einer Liste mit 17 000 Unterschriften katholischer Christen genehmigten die Militärs den Zutritt zum Wallfahrtsort ausschließlich am 15. August, dem Hauptwallfahrtstag. Auch ein Appell des Bad Kissinger Landrats Marko Dyga an die US-Kommandantur blieb erfolglos. Wie absolute Fürsten können die amerikanischen Militärmachthaber auf deutschem Boden schalten und walten — mit dem Segen der Regierungen in Bonn und München.

Freizeitspaß des Biedermanns

Mit seinen Söhnen sitzt der Unionschrist Kohl gutgelaunt am Freizeittisch; in der Hand hält er die Pfeife. Wie es sich für den Familienvater gehört, sitzt er exakt im Mittelpunkt des Bildes, zwischen seinen Söhnen, und über die Schulter schenkt ihm die Frau noch etwas Bier nach: Kohl privat. Der Vater aufgeräumt, die Söhne lachend, die Frau dienend — ein Bild wie gestellt. Die Aufnahme könnte als Illustration dienen für den Punkt „Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft" aus dem Programm der CDU/CSU. — Das Spiel, das Kohl und seine Söhne spielen, erheitert die ganze Familie.

Was ist das für ein Spiel?

Dr. Kohl spielt mit seinen Söhnen das Spiel „Risiko". In der Spielanleitung heißt es:

„Ziel von Risiko ist es, Länder zu erobern. Dazu müssen Sie Ihre Armeen verstärken, geschickt einsetzen und die Armeen Ihrer Gegner schlagen. Das Risikospiel gliedert sich in zwei Phasen. Vorbereitung: Aufteilung der Länder und Verteilung der ersten Armeen. Das Spiel: Kämpfe zwischen Angreifer und Verteidiger, Eroberung von gegnerischen Ländern. Ende des Spiels: Risiko ist zu Ende, wenn es einem Spieler gelingt, die ihm gestellte Aufgabe zu lösen. Beispiel: Vernichten Sie die roten Armeen. Variante: Erobern Sie die ganze Welt."

Dr. Kohl lacht zufrieden in sich hinein. Eben hat er schwungvoll den Würfel auf die Tischplatte befördert. Hat er auf dem Spielbrett eine Armee vernichtet oder ein Land erobert? Ist er dem Ziel "Welteroberung" wieder ein Stück nähergekommen? — In fehlgeleiteter Begeisterung lachen die Söhne über das Spiel mit dem Krieg. Die Frau belohnt den Eroberer mit einem Schluck Bier. Er selbst, ein infantiles Monster thront in der Mitte.



Demontage

Mit undurchdringlicher Mine blickt der einstige Große Steuermann Mao Tse-tung von der Bildtafel, die ein Kran zur Erde hievt. Da stehst du machtlos da, die Blüten fallen nieder — so hatte Mao einst blumig zitiert. Nun wird er selber „demontiert". Die erzrechten Machtpolitiker, die in China das Heft in der Hand halten, schämen sich ihres Ziehvaters.

Polen 1980

Im Falle eines Einmarsches (...) äh (...) Aktes brüderlicher Hilfe dürfte es für die Breschnew-Armee nicht ganz einfach sein, einen entsprechenden Vorwand (...) äh (...) Hilferuf zu finden.



„Kannst du Polnisch? Heißt das nicht ‚Hilfe!' oder so ähnlich?"



Samstag, 16. August, 18.45 Uhr, West III

Wieland Herzfelde. Bericht über den heute 84jährigen Schriftsteller, Gründer des Malik-Verlages und Professor für Literatur. Wieland Herzfelde, Bruder John Heartfields, war in seinem Schaffen stets der Sache der Arbeiterklasse verbunden.

•

Samstag, 16. August, 20.15 Uhr, West-Nord-Hessen III

Wir haben lange nicht mehr Sterne gesehen. Videofilm über eine Grupper junger Arbeitsloser, die ein Haus besetzen.

•

Sonntag, 17. August, 22.25 Uhr, West-Nord-Hessen III

Sprechen wir über Heine! — Ein Film mit dem Heine-Rezitator Lutz Görner. Görner rezitiert unter anderem aus „Deutschland — ein Wintermärchen"

•

Montag, 18. August, 20.15 Uhr, ARD

Abschied vom Frieden. Zweiter Teil des vierteiligen Fernsehfilms (DDR) nach dem gleichnamigen Roman von F.C. Weiskopf.

•

Montag, 18. August, 21.30 Uhr, DDR-Fernsehen II

Die Letzten. Von Maxim Gorki

•

Dienstag, 19. August, 18.30 Uhr, West III

Die Chemiearbeiterstadt. Wohnen in Halle-Neustadt/ DDR. — In dem Film von Katharina und Dietrich Schubert geben vier Familien Auskunft über Lebensverhältnisse und Wohnbedingungen.

•

Donnerstag, 21. August, 21.40 Uhr, West-Nord-Hessen III

Ich möcht einmal am Sender stehn. — Dokumentarfilm von Gerd Roscher über die Arbeiter-Radio-Bewegung in der Weimarer Zeit.

•

Donnerstag, 21. August, 23.00 Uhr, ARD

Der aufrechte Gang. Spielfilm von Christan Ziewer über vier Tage im Leben des Dieter Wittkowski, Reparaturschlosser in einem Stahlwerk, in dem ein wilder Streik ausbricht...

•

Freitag, 22. August, 18.30 Uhr, West III

Seemann im Sattel (1). Das Leben des Jack London.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr ... 18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi. ... 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. ..., Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa ...-13 Uhr.

7800 **Freiburg**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr ..., Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr, Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/... 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-..., Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: ... Fr 17-18.30 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. ..., Tel.: 089/... 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 ..., geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.